

Sicherheit öffentlicher Räume

am Beispiel des Kantons Basel-Stadt
Erfolgsfaktoren, Trends und Handlungsoptionen



Kanton Basel-Stadt

BASLERFONDS >>>

Herausgeber

© Kanton Basel-Stadt und BaslerFonds

Studienerarbeitung und Gestaltung

EBP Schweiz AG

www.ebp.ch

Mitarbeit und Koordination Kanton Basel-Stadt

Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt

www.entwicklung.bs.ch

Druck

Druckerei Dietrich AG, Basel

© **Studie: Bericht darf nur unter Angabe der Quelle zitiert werden.**

© Fotos

Titelbild und Fotos auf Seiten 10, 18, 22, 27, 30 und 34: Juri Weiss

Erlenmatt S. 28: BVD Basel-Stadt

Claraplatz S. 28: Nadine Grüninger

Landschaftspark Wiese S. 29: Stadtgärtnerei Basel-Stadt

„Angstort“ S. 44: Tillmann Schulze

Rheingasse S. 70: Andreas Zimmermann

Bezug

Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt

Marktplatz 30a

Postfach 4001 Basel

+41 (0)61 267 88 97

Basel, September 2018

www.bs.ch

Zusammenfassung

Die Sicherheit öffentlicher Räume im Fokus

Städte gelten unter anderem dann als lebenswert, wenn sie auch als sicher gelten. Die Sicherheit öffentlicher Räume ist dabei ein zentraler Aspekt. Der Kanton Basel-Stadt ist sich dessen bewusst und setzt sich mit entsprechenden Fragestellungen schon seit vielen Jahren auseinander. Um sich auf künftige Entwicklungen noch besser vorbereiten zu können, führte er gemeinsam mit dem BaslerFonds zwischen 2016 und 2018 ein Projekt durch, das explizit die Sicherheit öffentlicher, urbaner Räume thematisierte. Der vorliegende Bericht dokumentiert die Ergebnisse.

Vorgehen und Zielsetzung

Am Beispiel von Basel und unter Berücksichtigung der Situation in anderen Schweizer Städten zeigt der Bericht auf, wie sich die Sicherheitslage der öffentlichen Räume in der Schweiz verändern wird und wie die Städte darauf reagieren können. Der vorliegende Bericht liefert somit Ergebnisse und Erkenntnisse, die die Verantwortlichen möglichst aller Schweizer Städte für die Praxis, für ihre Planungen und die Bewirtschaftung öffentlicher Räume verwenden können.

Die Ergebnisse basieren primär auf einem moderierten Austausch mit einer Vielzahl Fachpersonen, hauptsächlich aus dem Kanton Basel-Stadt. Der Austausch fand in Form von Einzel- und Gruppeninterviews statt, vor allem aber im Rahmen von Workshops. Diese analysierten zum einen spezifische öffentliche Räume in Basel, wie sie vom Charakter her aber auch in anderen Schweizer Städten zu finden sind. Zum anderen befassten sie sich mit Trends und Entwicklungen von besonderer Relevanz für die Sicherheit öffentlicher Räume. Die Analyse aktueller Studien und Fachgrundlagen bildete das Fundament der Arbeiten.

Was ist Sicherheit im öffentlichen Raum?

Bei der Sicherheit im öffentlichen Raum ist zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit zu unterscheiden. Sicherheitsplanung muss beide Aspekte berücksichtigen. Die Gesamtheit öffentlicher Räume (Stadtraum) und die Menschen, die sich in einer Stadt aufhalten (Stadtgesellschaft) sind dabei wichtige Einflussfaktoren. Auch die Themen Ruhe und Ordnung sind bedeutsam, da sie sich massgeblich auf die subjektive Sicherheit auswirken können. Sozialpolitische Themen sowie Verkehrssicherheit waren nicht Gegenstand der Arbeiten.

Wie sicher ist öffentlicher Raum heute?

Ein Vergleich der objektiven Sicherheitslage öffentlicher Räume in Schweizer Städten war nicht möglich, da keine expliziten Auswertungen von Ereignisdaten zugänglich waren. Vergleiche in Bezug auf die subjektive Sicherheit waren hingegen möglich: Tagsüber werden Schweizer Städte als sehr sicher wahrgenommen. Auch nachts gelten sie noch als sicher – wenn auch weniger als am Tag.

Was macht öffentlichen Raum sicher?

Schweizer Städte befassen sich grösstenteils intensiv mit der Sicherheit ihrer öffentlichen Räume. Es bestehen aber durchaus Unterschiede. Oftmals fehlen gerade in kleineren Städten die finanziellen und personellen Ressourcen. Die nachfolgende Liste zeigt im Projekt identifizierte Erfolgsfaktoren. Diese sind schon heute gültig und werden gemäss den befragten Fachpersonen auch künftig relevant sein oder noch wichtiger werden.

- I) Die Städte sind sich des hohen Stellenwerts sicherer öffentlicher Räume bewusst.
- II) Die Städte betrachten Sicherheit integral.
- III) Sicherheit im öffentlichen Raum ist gut organisiert.
- IV) Die Städte setzen sich bewusst damit auseinander, wie sicher der öffentliche Raum sein soll.
- V) Sicherheit zu gewährleisten ist ein stetiger Prozess und das geeignete Vorgehen ist ständig neu auszuhandeln.
- VI) Städte sind bereit, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zusammen mit den unterschiedlichen Interessengruppen zu lösen.
- VII) Städte setzen Sicherheit in öffentlichen Räumen konsequent durch. Präventive und repressive Elemente ergänzen sich.
- VIII) Sicherheit ist integraler Bestandteil der Stadtplanung und damit auch der Planung öffentlicher Räume.
- IX) Der öffentliche Raum ist sauber und gepflegt.
- X) Die Städte sensibilisieren die Nutzenden des öffentlichen Raums für sicherheitsrelevante Themen.

Was kommt auf öffentliche Räume zu?

Der öffentliche Raum unterliegt einem stetigen Wandel. Verändern sich Nutzungsgruppen und Nutzungsformen oder allgemein die Rahmenbedingungen einer Nutzung, ändern sich auch die sicherheitsrelevanten Fragen und Herausforderungen. Aus Literatur, Interviews und Workshops liessen sich verschiedene relevante Trends und Entwicklungen ableiten und aus diesen wiederum die nachfolgend beispielhaft aufgeführten Herausforderungen.

Gesellschaft

Es werden sich rund um die Uhr mehr Menschen im öffentlichen Raum bewegen. Die Erwartungen an die Sicherheit in öffentlichen Räumen werden noch vielfältiger, sich widersprechende Bedürfnisse und Interessen nehmen zu. Dadurch kann das Konfliktpotenzial steigen.

Stadtraum

Öffentlicher Raum soll weiterhin allen gehören. Der Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum steigt weiter. Die Anforderungen und Bedürfnisse an diese Nutzung wandeln sich dabei stetig. Neue Technologien haben einen starken Einfluss auf die Sicherheit im öffentlichen Raum: Sie bieten Möglichkeiten, positiv auf die Sicherheitslage einzuwirken, schaffen aber auch neue Herausforderungen.

Sicherheitsorganisationen und Ordnungskräfte

Die Bevölkerung erwartet von den Sicherheitsorganisationen in öffentlichen Räumen rund um die Uhr immer kürzere Reaktions- und damit Interventionszeiten – dies bei begrenzten Ressourcen. Änderungen des rechtlichen Rahmens ziehen vielfältige, oft ressourcen-intensive Konsequenzen nach sich.

Welche Möglichkeiten gibt es für die Praxis?

Dieser Bericht zeigt insgesamt 75 praxiserprobte Beispiele aus Schweizer sowie ausgewählten Städten aus dem Ausland. Sie zeigen, wie Städte auf die genannten Herausforderungen reagieren können und lassen sich folgenden vier Themen zuordnen:

- Sicherheit im öffentlichen Raum organisieren
- Sicherheit im öffentlichen Raum planen und gestalten
- Zu/für Sicherheit im öffentlichen Raum kommunizieren/sensibilisieren
- Sicherheit im öffentlichen Raum durchsetzen

Was sind die wichtigsten Erkenntnisse?

- Die Sicherheit öffentlicher Räume ist und bleibt ein wichtiger Faktor für die Wahrnehmung (der Sicherheit) einer ganzen Stadt.
- Schweizer Städte machen schon viel, um ein ausreichendes Sicherheitsniveau zu erreichen.
- Sicherheitsmassnahmen sollen das pluralistische urbane Leben nicht einschränken.
- Sicherheit öffentlicher Räume ist differenziert und integral zu betrachten.
- Sicherheit in öffentlichen Räumen entsteht aus dem Zusammenspiel zahlreicher Akteure.
- Trends und Entwicklungen werden sich in ganz unterschiedlicher Form auf die Sicherheit öffentlicher Räume auswirken.
- Auf aktuelle Bedrohungen ist zu reagieren – nach einer differenzierten Auseinandersetzung.
- Es gibt zahlreiche und sehr vielseitige Beispiele dafür, wie sich Sicherheit in öffentlichen Räumen erzeugen lässt.
- Sicherheit in öffentlichen Räumen zu gewährleisten ist eine Daueraufgabe.

Inhaltsverzeichnis

1.	Warum gibt es diesen Bericht? <i>Einleitung</i>	7
1.1	Ausgangslage	7
1.2	Ziele	8
1.3	Adressaten	9
1.4	Vorgehen	9

2.	Was ist Sicherheit im öffentlichen Raum? <i>Grundlagen</i>	15
2.1	Objektive und subjektive Sicherheit	16
2.2	Die Bedeutung von Ruhe und Ordnung für die Sicherheit öffentlicher Räume	17

3.	Wie sicher ist öffentlicher Raum heute? <i>Ist-Situation</i>	19
3.1	Die Sicherheitslage öffentlicher Räume in der Schweiz	19
3.2	Fokus: Die Sicherheitslage vier öffentlicher Räume in Basel	23

4.	Was macht öffentlichen Raum sicher? <i>Erfolgsfaktoren</i>	27
----	--	----

5.	Was kommt auf öffentliche Räume zu? <i>Trends und Herausforderungen</i>	31
5.1	Gesellschaft	31
5.2	Stadtraum	35
5.3	Sicherheitsorganisationen und Ordnungskräfte	37

6.	Welche Möglichkeiten gibt es für die Praxis? <i>Handlungsoptionen</i>	41
6.1	Sicherheit im öffentlichen Raum organisieren	41
6.2	Sicherheit im öffentlichen Raum planen und gestalten	46
6.3	Zu/für Sicherheit im öffentlichen Raum kommunizieren/sensibilisieren	57
6.4	Sicherheit im öffentlichen Raum durchsetzen	62

7.	Was sind die wichtigsten Erkenntnisse? <i>Fazit</i>	67
----	---	----

Anhang

A1	Projektorganisation	70
----	---------------------	----

A2	Interviewpartnerinnen und -partner	71
----	------------------------------------	----

A3	Workshop-Teilnehmende	73
----	-----------------------	----



k kiosk

FLIGR CWS YO NOFX

GRAFFITI: A large piece of graffiti on the shutter, featuring a stylized figure in blue and yellow, and the word "STREET" in black.

GRAFFITI: Vertical graffiti on a green utility box, including "YO NOFX" and "KAT".

Wohnkultur
Fleisch
des Metalls in Basel
TRACHTNER MOBEL

Man in uniform: A man in a dark uniform, cap, and glasses, carrying a brown bag, stands with his back to the camera looking at the graffiti.

1. Warum gibt es diesen Bericht?

Einleitung

1.1 Ausgangslage

Sichere Städte sind lebenswerte Städte. Sie sind attraktiv für die Bevölkerung, die Wirtschaft sowie für Gäste aus dem In- und Ausland und profitieren somit davon. Schweizer Städte gelten im internationalen Vergleich als sicher. Das Aufrechterhalten eines hohen Sicherheitsniveaus ist jedoch anspruchsvoll. Denn die Rahmenbedingungen für urbane Sicherheit ändern sich laufend.

Diesen Herausforderungen ist man sich nicht nur in der Schweiz bewusst. So widmete sich beispielsweise das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) in seinem Manifest zur internationalen Konferenz von 2012 explizit auch der Sicherheit öffentlicher Räume und sprach in diesem Zusammenhang europäischen Städten und Gemeinden mehrere Empfehlungen aus. Eine davon lautet, die Städte sollten den Entwicklungen der Nutzung des öffentlichen Raums Rechnung tragen und den Sicherheitsaspekt dabei ausreichend mit einbeziehen.¹

Der Deutsche Städtetag wiederum hält in einem Positionspapier von 2017 in der ersten von insgesamt 15 Grundpositionen fest: «Die Lebens- und Wohnqualität in unseren Städten hängt entscheidend davon ab, dass es gelingt, sowohl das gesellschaftliche Miteinander zu fördern als auch die öffentliche Sicherheit und Ordnung für die Bürgerinnen und Bürger zuverlässig zu gewährleisten.»² Entsprechend wichtig sei es, für ausreichende Sicherheit in öffentlichen Räumen zu sorgen.

Der Kanton Basel-Stadt ist sich dessen bewusst. Sowohl auf strategischer wie auch operativer Ebene sorgt eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure für ein hohes Sicherheitsniveau in der Stadt und leistet damit wichtige Beiträge zur Lebensqualität. Neben den alltäglichen Sicherheitsaufgaben ist Basel regelmässig in innovativen Projekten vertreten. So hat der Kanton Basel-Stadt zwischen 2011 und 2013 an der vom Schweizerischen Städteverband (SSV) initiierten Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» teilgenommen. Zusammen mit 32 weiteren Pilotstädten identifizierte Basel künftige sicherheitsrelevante Herausforderungen für die Städte und erarbeitete Handlungsmöglichkeiten.

Die Studie zeigte auch, dass bei der urbanen Sicherheit dem öffentlichen Raum eine besondere Bedeutung zukommt: Öffentlicher Raum ist der Ort städtischen Zusammenlebens schlechthin. Er ist ein Ort der Begegnung, des Dialogs, des ungezwungenen Zusammenseins, der gemeinsamen und vielfältigen Nutzung durch verschiedene Gruppen und der kulturellen Bereicherung. Und er ist vor allem auch eine «Visitenkarte» für eine Stadt. In ihm verbringt die Bevölkerung Teile ihrer Freizeit; über ihn erreicht eine grosse

1 European Forum for Urban Security: Sicherheit, Demokratie und Städte: das Manifest von Aubervilliers und Saint-Denis. Paris 2013.

2 Deutscher Städtetag: Sicherheit und Ordnung in der Stadt. Positionspapier des Deutschen Städtetags. Berlin und Köln 2017.

Zahl Besucherinnen und Besucher eine Stadt bzw. sie verweilen im öffentlichen Raum über längere Zeit. Gelten oder sind öffentliche Räume unsicher, wird schnell auch die ganze Stadt als unsicher wahrgenommen.

Der hohe Stellenwert sicherer öffentlicher Räume ist für Basel eine Selbstverständlichkeit. So widmete sich schon 1998 das Baudepartement des Kantons Basel-Stadt dem Thema und veröffentlichte die Studie «Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum».³ Auch das regierungsrätliche Konzept «Der öffentliche Raum gehört allen» von 2014 hält fest, dass «bei der Planung, der Gestaltung und der Bepflanzung öffentlicher Räume (...) sicherheitsfördernde Aspekte berücksichtigt» werden.⁴

1.2 Ziele

Die Rahmenbedingungen für sichere öffentliche Räume ändern sich laufend und diese Dynamik hat sich in den letzten Jahren akzentuiert, beispielsweise durch Trends in der mobilen Kommunikation oder in der Nutzungsform öffentlicher Räume. Ausreichend Sicherheit zu gewährleisten ist eine Daueraufgabe. Daher beschloss der Kanton Basel-Stadt im Nachgang zur Studie «Sichere Schweizer Städte 2025», sich vertieft mit der Sicherheit öffentlicher Räume zu befassen. Dazu fand zwischen 2016 und 2018 ein Projekt statt, das explizit die Sicherheit öffentlicher Räume thematisierte. Dieser Bericht dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse des Projekts, in dessen Verlauf es folgende Fragen zu beantworten galt:

- Was bedeutet Sicherheit im öffentlichen Raum? (*Kapitel 2*)
- Wie sicher ist der öffentliche Raum heute? (*Kapitel 3*)
- Welches sind die Erfolgsfaktoren, die den öffentlichen Raum sicher machen? (*Kapitel 4*)
- Welche Trends sind für die Sicherheit öffentlicher Räume künftig relevant? Und welche zentralen Herausforderungen ergeben sich daraus? (*Kapitel 5*)
- Welche Handlungsoptionen haben die Verantwortlichen? Und welche Ansätze waren in Städten bisher erfolgreich? (*Kapitel 6*)

Am Beispiel von Basel und unter Berücksichtigung der Situation in anderen Schweizer Städten zeigt der Bericht auf, wie sich die Sicherheitslage der öffentlichen Räume in der Schweiz verändern wird und wie die Städte darauf reagieren können. Eine solche, in die Zukunft gerichtete, Auseinandersetzung mit der Sicherheit öffentlicher Räume ist in der Schweiz, aber auch im sonstigen deutschsprachigen Raum, bislang einzigartig. Aus diesem Grund unterstützte auch der BaslerFonds die Arbeiten.⁵

3 Baudepartement des Kantons Basel-Stadt: Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Was wir tun können, damit sich die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner sicherer fühlen. Basel 1998.

4 Vgl. www.entwicklung.bs.ch/grundlagen/lebensqualitaet/oeffentlicher-raum/konzept-oeffentlicher-raum.html.

5 Der BaslerFonds ist eine Einrichtung der Gründergeneration der Firma EBP. Er finanziert zukunftsorientierte und innovative Projekte und steht unter dem Motto «visionsgeführt statt problemgetrieben».

1.3 Adressaten

Dieser Bericht liefert Ergebnisse und Erkenntnisse, die für alle Schweizer Städte gültig sind. Er richtet sich an folgende Adressaten:

- **Mitarbeitende und Verantwortliche von Verwaltungen in städtischen Gebieten** erhalten eine Grundlage, die sie darin unterstützt, ihr Verständnis der Sicherheit öffentlicher Räume noch zu verbessern und sich auf die Zukunft vorzubereiten. Für ihre strategische Planung finden sie hier allgemeine Informationen, beispielsweise zu relevanten Trends und Entwicklungen. Der Bericht umfasst aber auch zahlreiche Hinweise für die Praxis, also für die Planung, Gestaltung und Bewirtschaftung öffentlicher Räume.
- Dieser Bericht soll die **interessierte Öffentlichkeit sowie die Politik leicht verständlich** über die heutige und künftige Sicherheitslage öffentlicher Räume informieren. So können sie vielleicht auch selbst Ideen entwickeln, um aktiv die Sicherheit öffentlicher Räume und damit die Attraktivität einer Stadt positiv mit zu beeinflussen.

1.4 Vorgehen

Dieser Bericht ist primär das Ergebnis eines moderierten Austauschs mit einer Vielzahl Fachpersonen des Kantons Basel-Stadt, die Verantwortung für verschiedene Aspekte der Sicherheit im öffentlichen Raum tragen. Der Austausch fand in Form von Einzel- und Gruppeninterviews, vor allem aber im Rahmen von Workshops statt. Die Analyse aktueller Studien und Fachgrundlagen bildete dabei das Fundament⁶ und die Einschätzungen der Fachpersonen aus Basel-Stadt wurden mit denen weiterer Experten abgeglichen.

Das Projektteam der Firma EBP, das diesen Bericht verfasste, verfügt über langjährige Erfahrung im Thema Urbane Sicherheit und vor allem zur Sicherheit öffentlicher Räume. Um die eigenen Erfahrungswerte und Annahmen sowie die der Projektleitung und des Kernteams von Basel-Stadt⁷ zu reflektieren und neue Inputs zu erhalten, fanden zunächst fünf **Trend-Interviews** mit Fachpersonen statt, unter anderem des Schweizerischen Städteverbands, der ETH oder des Gottlieb-Duttweiler-Instituts.⁸

Um fundierte Eindrücke aus dem Alltag zu erhalten, fanden weiter acht so genannte **Praxis-Interviews** mit 13 Fachpersonen aus Basel statt, die sich mit öffentlichen Räumen insgesamt und zum Teil auch ganz speziell mit der

6 Insbesondere der Perspektivenbericht der Bundeskanzlei, die Studie Sichere Schweizer Städte 2025, die Wertewandelstudie von swissfuture, die Bevölkerungsszenarien des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt sowie der Trend-Report von EBP waren wichtige Grundlagen zur Analyse von Trends und Entwicklungen mit Relevanz für die Sicherheit in urbanen öffentlichen Räumen. Um einen Eindruck zur heutigen Sicherheitslage im öffentlichen Raum zu erhalten, fand zudem eine Auswertung der neuesten Bevölkerungsbefragungen verschiedener Schweizer und ausländischer Städte statt. Schliesslich wurden verschiedene Fachgrundlagen von Schweizer Städten, primär aus Basel, hinzugezogen, um eine Übersicht zu erhalten, mit welchen Fragestellungen sich die für die Sicherheit öffentlicher Räume Verantwortlichen in der letzten Zeit befasst haben.

7 Zur Zusammensetzung der Projektorganisation vgl. Anhang A1.

8 Eine Übersicht aller Interviewten und Workshopteilnehmenden findet sich in den Anhängen A2 und A3.

dortigen Sicherheitslage befassen. Ziel war es, Antworten auf die oben genannten Fragen zu erhalten, die Sicherheitslage in den öffentlichen Räumen von Basel aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten und die Ergebnisse dahingehend zu überprüfen, ob sie auf die Situation anderer Schweizer Städte übertragbar sind. So erstreckte sich das Spektrum der Interviewten von Mitarbeitenden der Kantonspolizei und des Bau- und Verkehrsdepartements bis hin zu Personen aus dem Gewerbe der Basler Innenstadt und der Immobilienentwicklung.

Die Ergebnisse dieser Interviews zur Situation in Basel sowie relevante Trends und Entwicklungen, die in Studien und Fachgrundlagen identifiziert wurden, bildeten die Grundlage für vier sogenannte **«Platz-Workshops»**. Diese befassten sich mit vier öffentlichen Räumen in Basel, die von ihrer Charakteristik her stellvertretend für öffentliche Räume in anderen Schweizer Städten sind. Hier gibt es ganz unterschiedliche sicherheitsrelevante Fragestellungen:

- *Steinenvorstadt*: «klassische» Ausgehmeile mit ausgeprägter kommerzieller Nutzung am Tag
- *Claraplatz und Umgebung*: unterschiedlich und stark genutzter Platz in sozial und kulturell heterogener Umgebung
- *Erlenmattquartier*: Neubauviertel mit grosser Freifläche im Zentrum und anhaltenden Bautätigkeiten
- *Landschaftspark Wiese*: Naherholungsgebiet mit Wald und Flusslandschaft (Wiese) am Stadtrand

Für jeden dieser Räume fand ein Workshop statt, an dem je rund zehn Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Organisationen und Interessensgruppen aus Basel-Stadt die Sicherheitslage in diesem spezifischen öffentlichen Raum diskutierten. Auch spiegelten sie die aus ihrer Sicht wichtigsten sicherheitsrelevanten Trends und Entwicklungen für die vier Räume. Gemeinsam entwickelten sie erste Ideen für praxistaugliche Handlungsoptionen, mit denen sich die Sicherheit in öffentlichen Räumen insgesamt optimieren lassen könnte.

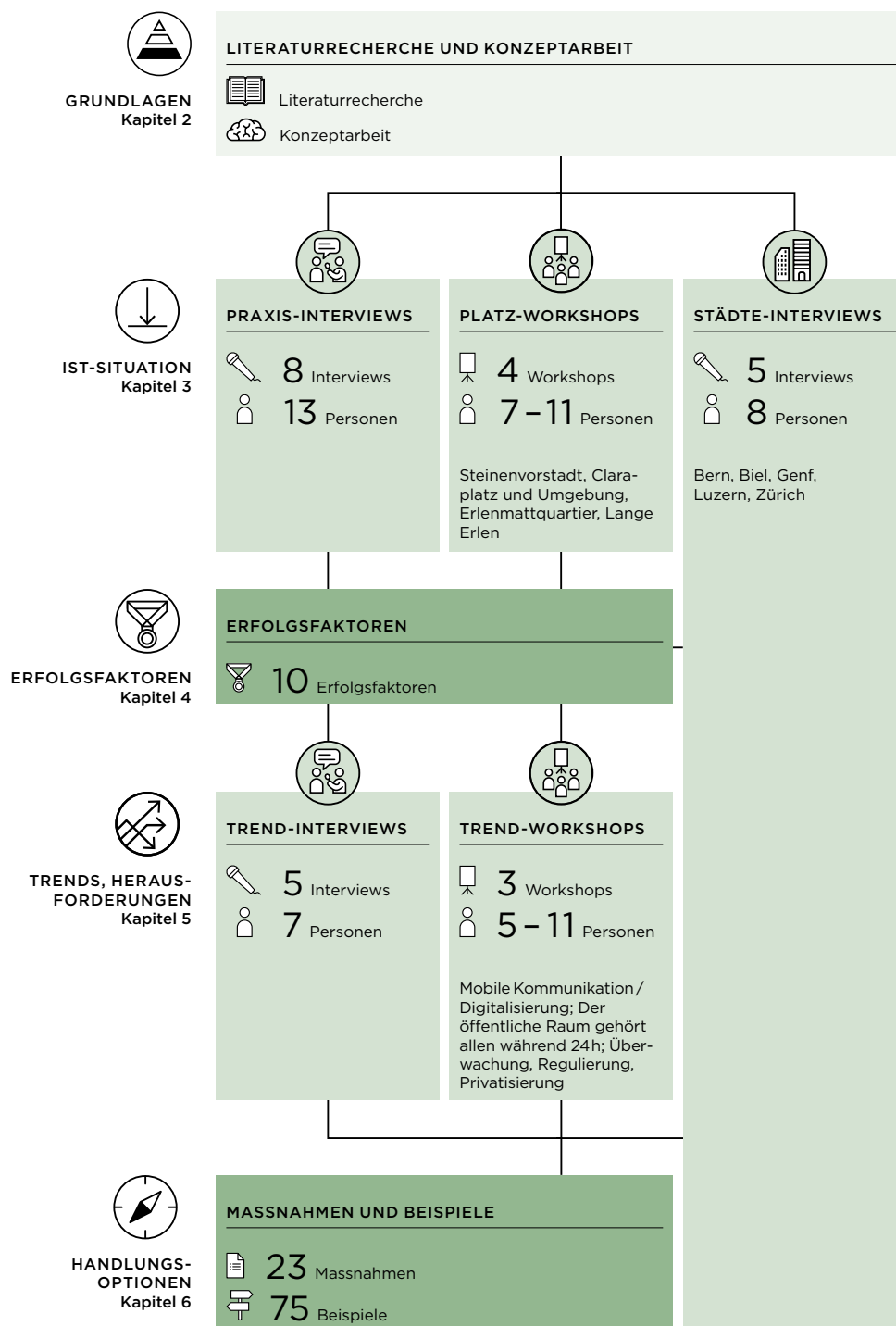


Abbildung 1: Projektskizze «Sichere öffentliche Räume»

Weitere drei **Trend-Workshops** befassten sich vertieft mit ausgewählten Trends und Entwicklungen. Es wurden drei Themencluster gebildet, deren heutige, vor allem aber auch künftige, Relevanz für die Sicherheit öffentlicher Räume zahlreiche Fachpersonen intensiv diskutierten. Die Teilnehmenden kamen aus Basel und aus schweizweit tätigen Organisationen, wie dem Zentrum öffentlicher Raum (ZORA) des Schweizerischen Städteverbands oder aus der Privatwirtschaft. Folgenden Themenclustern widmeten sich die Workshops:

- «Mobile Kommunikation / Digitalisierung»
- «Der öffentliche Raum gehört allen während 24 Stunden»
- «Überwachung, Regulierung, Privatisierung»

Da der Kanton Basel-Stadt die Arbeiten zu diesem Bericht initiierte, ist es naheliegend, dass in das Projekt in erster Linie Personen eingebunden waren, die für die Basler Verwaltung tätig sind, in Basel wohnen oder arbeiten oder deren Arbeitsschwerpunkt Basel ist. Da die Arbeiten aber für möglichst alle Schweizer Städte gültig sein sollen, fand abschliessend ein Abgleich der wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse mit Vertreterinnen und Vertretern der Städte Bern, Biel, Genf, Luzern und Zürich statt. Die Ergebnisse der fünf **Städte-Interviews** lieferten zusätzliche Inputs für diesen Bericht. Die Interviewten brachten Beispiele aus der Praxis ein, wie sich auf die Sicherheit in öffentlichen Räumen positiv Einfluss nehmen lässt – so dass sie, und damit auch die Städte, künftig sicher, attraktiv und lebenswert bleiben.



2. Was ist Sicherheit im öffentlichen Raum? *Grundlagen*

Für Basel gilt folgende Definition für öffentliche Räume: Öffentliche Räume sind in Basel die Allmend sowie öffentlich genutzte Privatparzellen. Zur Allmend gehören insbesondere öffentliche Strassen, Wege, Plätze, Grünflächen und Gewässer. Grundeigentümer im öffentlichen Raum sind sowohl Private wie auch öffentlich-rechtliche Körperschaften. Der öffentliche Raum ist öffentlich zugänglich (nicht dauerhaft abgeschlossen, Zutritt möglich ohne Eintrittsgebühr o. Ä.).⁹

Sicherheit im öffentlichen Raum definiert sich durch unterschiedliche Aspekte: objektive und subjektive Sicherheit, dem Ausbleiben von Delikten gemäss Strafgesetzbuch und von Ärgernissen im Bereich Ruhe und Ordnung. Auch die Einflussfaktoren oder «Stellschrauben» für Sicherheit im öffentlichen Raum sind vielfältig:

- Einerseits prägen die Struktur und die Entwicklung der *Stadtgesellschaft* die Sicherheitslage urbaner, öffentlicher Räume. Stadtgesellschaft meint die Gesamtheit der städtischen Wohn- und Arbeitsbevölkerung wie auch der Besucher. Eine zentrale Eigenschaft der modernen Stadtgesellschaft ist deren Vielfalt beziehungsweise das Nebeneinander und Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen (Alter, Geschlecht, Nationalität/kultureller Hintergrund, Familienstand, Einkommensverhältnisse, Bildungsstand etc.), deren Lebensverhältnisse und ihrer Ansprüche an den Stadtraum.
- Andererseits beeinflussen auch die Entwicklung und die Gestaltung des *Stadtraums* die urbane Sicherheitslage. Als Stadtraum gilt die Gesamtheit der öffentlichen sowie der von der Öffentlichkeit nutzbaren privaten Räume in einer Stadt.¹⁰

Sozialpolitische Themen oder Handlungsansätze, die für die Sicherheit öffentlicher Räume ebenfalls relevant sind, standen nicht im Fokus des Projekts.¹¹ Zudem befasst sich der Bericht explizit nicht mit dem Thema Verkehrssicherheit, auch wenn öffentlicher Raum Strassen und Wege umfasst und die Sicherheit im Verkehr ein wichtiges Thema ist. Der Einbezug der Themen Verkehrssicherheit und Sozialpolitik war vom Umfang her unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht möglich. Zudem laufen zu diesen Themen in Basel, in anderen Städten sowie auf den Stufen Kantone und Bund zahlreiche Projekte.

9 Vgl. Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums (NöRG) Kanton Basel-Stadt.

10 Die Definition des «öffentlichen Raums» ist nicht eindeutig. Vgl. dazu auch die Diskussion in der Studie «Shared spaces – Zukunft des öffentlichen Raums» des Gottlieb Duttweiler Instituts, 2018.

11 Dazu gehören beispielsweise Themen wie Präventionsprogramme in Schulen, Integrationsprogramme, kindergerechte Planungen oder auch Angebote wie niederschwellige Anlaufstellen im Kontext des Themas Sucht oder Notschlafstellen.

Dieser Bericht ist primär für die Praxis geschrieben. Aus diesem Grund sind theoretische Grundlagen oder Definitionen nicht detailliert ausgeführt.¹² Mit folgenden Ausnahmen: Für das Verständnis von Sicherheit in öffentlichen Räumen ist und bleibt es wichtig, zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit zu unterscheiden. Auch die Abgrenzung zwischen Sicherheit einerseits sowie Ruhe und Ordnung andererseits ist relevant. Die beiden nachfolgenden Kapitel widmen sich daher diesen Begriffen.

2.1 Objektive und subjektive Sicherheit

Sicherheit in öffentlichen Räumen ist in zwei unterschiedliche Perspektiven zu unterteilen: faktische, bzw. objektive Sicherheit sowie die empfundene, beziehungsweise subjektive Sicherheit.

Die **objektive Sicherheit** basiert grösstenteils auf statistischen Daten beziehungsweise Fakten wie der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Solche Statistiken geben Auskunft darüber, zu welchen und zu wie vielen Delikten es gekommen ist, beispielsweise Diebstahl oder Körperverletzungen. Die Polizeikorps verfügen zudem über ortsspezifische Angaben, wo genau es wann zu welchem Ereignis gekommen ist.

Zum Teil haben Städte Methoden entwickelt, um sicherheitsrelevante Ereignisse zu erfassen, die über den Kernbereich der polizeilichen Sicherheit hinausgehen. Beim sogenannten «risikobasierten» Vorgehen beispielsweise steht die Häufigkeit eines sicherheitsrelevanten Ereignisses im Vordergrund. Auch die Schwere der Folgen eines Ereignisses ist von Bedeutung. Das Spektrum der Ereignisse, die bei einem solchen Vorgehen erfasst werden, kann in Bezug auf den öffentlichen Raum gross sein: von Ereignissen aus dem Bereich der Ordnung, beispielsweise Littering oder Ruhestörungen, bis hin zu Officialdelikten wie Diebstahl oder Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz.¹³

Die **subjektive Sicherheit** ist weniger klar fassbar, da sich die Auslöser für das Empfinden von Unsicherheit zumeist nicht anhand von Zahlen oder anderen Fakten belegen lassen. Menschen nehmen Sicherheit unterschiedlich wahr. Dies hängt von vielfältigen Faktoren ab, wie von den soziodemografischen Merkmalen der Personen, dem Wohnort, der Art der Nutzung eines Raums, dem persönlichen Sicherheitsbedürfnis, dem generellen Vertrauen in andere Menschen und in die zuständigen Sicherheitsorganisationen sowie von der Beeinflussung durch Dritte, beispielsweise durch die Medien.

12 Im Vorfeld zu den Arbeiten zu diesem Bericht haben sich Projektleitung und Kernteam intensiv mit den theoretischen Grundlagen der Sicherheit öffentlicher Räume auseinandergesetzt. Das Ergebnis war eine ausführliche Darstellung des Verständnisses urbaner Sicherheit, wie diese entsteht und welche Faktoren auf sie einwirken. Diese Darstellung war dann Teil einer Projektskizze, aufgrund derer der Regierungsrat von Basel-Stadt sowie die Leitung des BaslerFonds über das Durchführen der Arbeiten zu diesem Bericht entschieden.

13 Die Stadt Luzern beispielsweise wendet im Rahmen ihres alle drei Jahre erscheinenden Sicherheitsberichts einen risikobasierten Ansatz an, mit dem sich jegliche Formen sicherheitsrelevanter Ereignisse miteinander vergleichen lassen – von Ereignissen im öffentlichen Raum, über technische Ereignisse wie Verkehrsunfälle oder einen Stromausfall, bis hin zu Naturgefahren wie Hochwasser. Die Stadt Biel geht 2018 erstmalig vergleichbar vor.

Die subjektive Sicherheit eines Ortes kann durchaus von der objektiven Sicherheitslage vor Ort abweichen, beziehungsweise sogar weitgehend unabhängig davon sein. Dies haben Studien mehrfach belegt.¹⁴ So können Personen beispielsweise eine Parkanlage oder einen öffentlichen Platz als unsicher empfinden, auch wenn es dort nachweislich zu keiner Häufung sicherheitsrelevanter Ereignisse wie etwa krimineller Delikte kommt.

Die objektive und die subjektive Sicherheit haben beide Einfluss auf die Wahrnehmung sowie die Nutzung öffentlicher Räume und damit auch auf die Lebensqualität in einer Stadt. Die Entwicklung, die Gestaltung und auch die Bewirtschaftung öffentlicher Räume können sowohl die dortige subjektive wie auch die objektive Sicherheit massgeblich beeinflussen. Gleichzeitig sollten die objektive wie auch die subjektive Sicherheit in die entsprechenden Überlegungen zu öffentlichen Räumen einfließen.

2.2 Die Bedeutung von Ruhe und Ordnung für die Sicherheit öffentlicher Räume

Zwischen dem subjektiven Sicherheitsempfinden und der Situation, wie sich ein öffentlicher Raum darstellt, besteht ein Zusammenhang. Auch wenn es in einem Raum zu keinen sicherheitsrelevanten Ereignissen kommt, reichen beispielsweise schon Ruhestörungen oder Littering aus, um einen Raum als unsicher wahrzunehmen. Gleichzeitig werden saubere und gepflegte öffentliche Räume grundsätzlich als sicherer wahrgenommen. Diesen Zusammenhang belegen Bevölkerungsbefragungen wie die von Basel-Stadt von 2015, die einen «positiven Zusammenhang» zwischen dem Sicherheitsempfinden und der Zufriedenheit mit der Sauberkeit von Strassen und Plätzen belegt. Ein anderes Beispiel ist der erste von acht Handlungsansätzen des im November 2017 erschienenen Positionspapiers des Deutschen Städtetags zu «Sicherheit und Ordnung in der Stadt»: «Sauberkeit als Vorstufe von Sicherheit». Er besagt: Das Aufrechterhalten der öffentlichen Ordnung bringe auch Sicherheit. Die Verfasserinnen und Verfasser gehen sogar so weit, zu fordern, die Polizei solle sich wieder stärker für «blosse» Verschmutzungsdelikte im öffentlichen Raum interessieren.

Ähnlich sind die Zusammenhänge zwischen Ruhestörungen und Sicherheit. Die im Projektverlauf geführten Interviews zeigen auf, dass sich Lärm, gerade von grösseren und alkoholisierten Gruppen, massgeblich auf das Sicherheitsempfinden anderer Personen auswirken kann.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Sollen öffentliche Räume sicher sein, gilt es, sowohl «harte» sicherheitsrelevante Ereignisse zu berücksichtigen, wie beispielsweise Diebstahl, Überfälle oder den Konsum harter Drogen, als auch die Themen Ruhe und Ordnung. Letztere wirken sich positiv gerade auf die subjektive Sicherheit und damit auf die Qualität öffentlicher Räume aus. Daher ist es wichtig, sich auch mit diesen Aspekten zu befassen und für die entsprechenden Aufgaben Ressourcen bereitzustellen.

14 Vgl. dazu beispielsweise: Hummelsheim-Doss, Dina: Objektive und subjektive Sicherheit in Deutschland. Eine wissenschaftliche Annäherung an das Sicherheitsgefühl. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. APuZ 32-33/2017.

Ich ging zum...
Zählmann

ein
sel

Kauf
Kontrollbe

FIVE GAUCH

Schneiderei 1
5
4 yoga
3
2
1



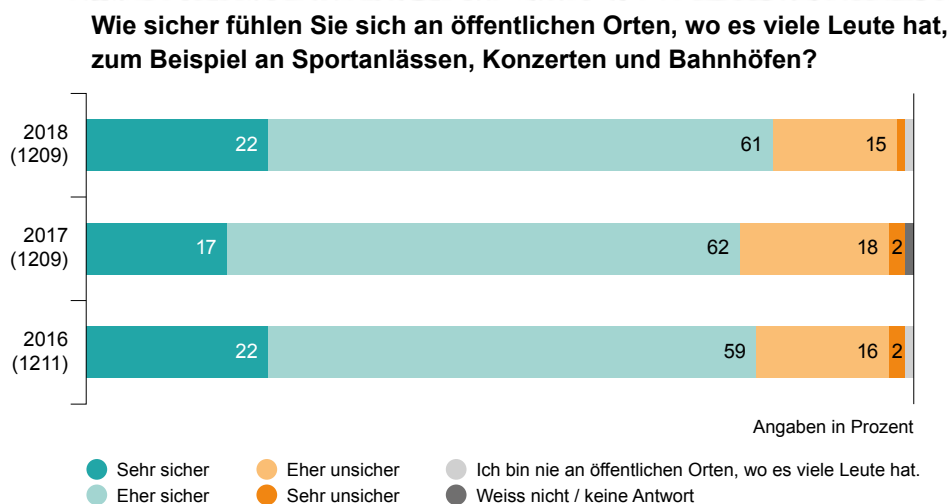
3. Wie sicher ist öffentlicher Raum heute? *Ist-Situation*

3.1 Die Sicherheitslage öffentlicher Räume in der Schweiz

Die polizeiliche Kriminalstatistik der Schweiz gibt Hinweise zur objektiven Sicherheit. Jährlich veröffentlicht das Bundesamt für Statistik (BfS) die Anzahl der Gesetzesverstösse. Seit 2009 werden die Daten aller Kantone einheitlich erfasst und ausgewertet, um einen interkantonalen Vergleich zu ermöglichen.

Das BfS veröffentlicht jeweils auch einen Städtevergleich der Gewalt- und Vermögensstraftaten. Die Anzahl der Gewaltstraftaten in Städten ist gemäss dieser Statistik in den letzten Jahren rückläufig. Da jedoch eine spezifische Auswertung von Delikten im öffentlichen Raum nicht vorliegt, sind diesbezüglich keine Aussagen möglich. Auch ein direkter Vergleich mit ausländischen Städten ist aufgrund unterschiedlicher Datenerhebung und -auswertung nicht möglich.

Aussagekräftigere Daten zur Sicherheit im öffentlichen Raum gibt es im Bereich subjektive Sicherheit. Eine aktuelle Umfrage des Centers for Security Studies (CSS) der ETH Zürich zeigt, wie sicher sich die Schweizer Bevölkerung im öffentlichen Raum fühlt: 83 % der Befragten gaben an, sich «sehr» oder «eher» sicher zu fühlen. Dies ist – wie die nachfolgende Abbildung zeigt – gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 4 %.¹⁵



Si/398/18

Abbildung 2: Ergebnisse der Befragung zum subjektiven Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum der Studie "Sicherheit 2018"

¹⁵ Szvircsev Tresch, Tibor und Wenger, Andreas (Hrsg.): Sicherheit 2018. Aussen-, Sicherheit- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich 2018. Für die Studie wurden 1'209 Schweizer Stimmbürger und -bürgerinnen aus allen drei Landesteilen befragt. Es handelt sich um eine repräsentative Umfrage. Somit wurden anteilmässig auch Personen aus ländlichen Gegenden der Schweiz befragt und nicht nur aus Städten.

Weitere Ergebnisse der Studie:

- Personen, die sich allgemein sicher fühlen, fühlen sich auch im öffentlichen Raum sicher.
- Männer fühlen sich im öffentlichen Raum überdurchschnittlich sicherer als Frauen.
- Alte Menschen fühlen sich im öffentlichen Raum unsicherer als Frauen.
- Personen mit hoher Bildung fühlen sich sicherer als solche mit einer tiefen Bildung.

Für die konkrete Situation in Schweizer Städten liegen ebenfalls Ergebnisse aus Befragungen vor, wenn auch nicht ganz so aktuelle. So zeigen verschiedene Bevölkerungsbefragungen, dass öffentliche Räume in Schweizer Städten für den überwiegenden Anteil der Nutzenden keine Angstorte sind. Die Menschen, die sich im öffentlichen Raum bewegen, fühlen sich dort zu einem sehr grossen Teil sicher. Aber es gibt Ausnahmen: Räume, in denen man sich zumindest unwohl fühlt oder die per se gemieden werden – vor allem nachts. Nachfolgend einige Auszüge aus den Bevölkerungsbefragungen von vier grossen Schweizer Städten:

- **Basel:** Über 91 % der befragten Personen fühlten sich 2015 in Basel tagsüber sehr sicher oder eher sicher. Und dennoch: Auf die Frage nach den grössten Problemen im Kanton Basel-Stadt standen Kriminalität und öffentliche Sicherheit an erster Stelle. Nachts sah es etwas anders aus: Knapp zwei Drittel der Befragten fühlten sich in Basel sehr oder eher sicher.¹⁶
- **Bern:** In Bern sagten bei der Bevölkerungsbefragung 2015 80 % der Befragten, sie würden sich nachts im eigenen Wohnquartier sicher fühlen. In der Innenstadt von Bern waren es immer noch über 60 %.¹⁷
- **Luzern:** Auch die Stadtluzerner Bevölkerung wurde 2015 nach ihrem Sicherheitsempfinden befragt. Waren sie nachts allein in ihrem Wohngebiet unterwegs, fühlten sich 77 % der Befragten sicher.¹⁸
- **Zürich:** Gemäss der Bevölkerungsbefragung von 2016 fühlte sich die Bevölkerung von Zürich generell sicher – vor allem tagsüber. 97 % der Befragten fühlten sich, wenn sie alleine in der Stadt unterwegs waren, eher oder sehr sicher. Nachts hingegen fühlte sich fast jede fünfte Person unsicher oder war aus Sicherheitsgründen nicht allein unterwegs. Rund die Hälfte mied nachts aus Sicherheitsgründen bestimmte Orte. Hier wurde vor allem die Langstrasse genannt.¹⁹

16 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Ergebnisbericht Bevölkerungsbefragung 2015. Basel 2106.

17 Statistik Stadt Bern: Bevölkerungsbefragung 2015. Erste Resultate. Bevölkerung und Soziales. Bern 2015.

18 www.lustat.ch/services/e-dossiers/bevoelkerungsbefragung-stadt-luzern/sicherheit

19 www.stadt-zuerich.ch/pd/de/index/stadtpolizei_zuerich/medien/medienmitteilungen/2016/dezember/bevoelkerungsbefragung-2016--die-stadtzuercher-bevoelkerung-stel.html

Trotz methodischer Unterschiede lassen sich die Ergebnisse aus den vier zitierten Befragungen miteinander vergleichen.²⁰ Ein Ergebnis ist dabei: Sind Personen nachts allein in ihrem Wohnquartier unterwegs, fühlen sich im Schnitt mindestens drei von vier Personen im öffentlichen Raum sicher. Dies zeigt beispielhaft nachfolgende Abbildung.²¹

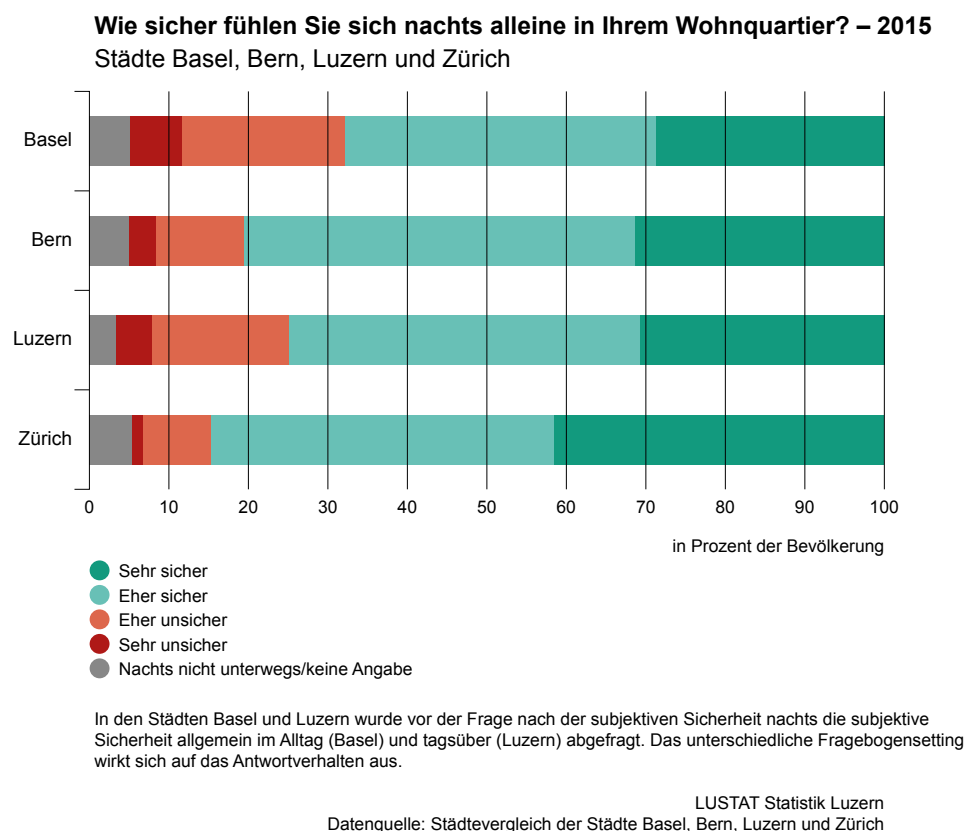


Abbildung 3: Sicherheit im Städtevergleich

Im Vergleich zu ausgewählten Städten im Ausland erscheint das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum in Schweizer Städten vor allem nachts besser zu sein. Während beispielsweise bei der Bürgerbefragung in Frankfurt von 2016 noch 87 % der Befragten antworteten, sie würden sich tagsüber in

20 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Statistik Stadt Bern, LUSTAT Statistik Luzern und Stadtentwicklung Zürich: Städtevergleich Bevölkerungsbefragung 2015 in Basel, Bern, Luzern und Zürich.

Für die vergleichende Analyse wurden die Ergebnisse der vier städtischen Befragungen miteinander angeglichen, zum Beispiel durch eine identische Gruppierung der Antwortmöglichkeiten. Weil sich die Befragungen in methodischer Hinsicht zum Teil erheblich unterscheiden (Befragungsmethode, verwendete Grundgesamtheit, Hochrechnung der Resultate), sind der Vergleichbarkeit jedoch Grenzen gesetzt. Aufgrund der methodischen Differenzen können Verschiebungen beim Antwortverhalten auftreten, dies auch bei gleich formulierten Fragen. Trotz methodisch bedingter Einschränkungen liefert der Städtevergleich interessante Hinweise.

21 Dass die Sicherheit in den Städten Zürich und Bern besser beurteilt wird, ist gemäss Einschätzung der Ersteller des Städtevergleichs teilweise auf das Fragebogensetting zurückzuführen. Während in den Städten Basel und Luzern jeweils vor der Frage nach dem subjektiven nächtlichen Sicherheitsgefühl bereits eine Sicherheitsfrage gestellt worden war, gab es in Bern und in Zürich keine solche Einstiegsfrage.

der Innenstadt sicher fühlen, waren es in Bezug auf das nächtliche Sicherheitsempfinden nur noch 53 %.²² In München waren es 2016 auch rund 90 % der Befragten, die sich tagsüber sicher fühlten – im eigenen Stadtviertel, in Grünanlagen oder im Park. Nachts dann fühlten sich nur noch weniger als 40 % der Befragten in Münchner Grünanlagen sehr sicher oder sicher, im eigenen Wohnquartier waren es 75 %.²³

Auch wenn nur zwei ausländische Städte betrachtet wurden, so erscheint es aufgrund dieser Ergebnisse legitim, öffentliche Räume in Schweizer Städten im Vergleich als sicher zu bezeichnen. Und doch besteht auch in Schweizer Städten Handlungsbedarf: Die Erwartung der städtischen Bevölkerung, dass dieses Sicherheitsniveau auch hoch bleibt, ist gross. Hinzu kommt die Erwartungshaltung aus dem Ausland, konkret von internationalen Unternehmen, die in der Schweiz ansässig sind oder auch von Touristen, bei denen Schweizer Städte den Ruf sehr sicherer Reisedestinationen haben.

Insgesamt stellt sich aber auch die Frage, was dazu führt, dass die öffentlichen Räume in der Schweiz so sicher sind. Was waren und sind die Erfolgsfaktoren? Die Antworten darauf gibt nachfolgend Kapitel 4.

22 Vgl. Stadt Frankfurt am Main: Frankfurter Bürgerbefragung 2016 – Sicherheitsgefühl in der Stadt.

23 Vgl. Landeshauptstadt München: Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016. Soziale Entwicklung und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger.

3.2 Fokus: Die Sicherheitslage vier öffentlicher Räume in Basel

Nachfolgend ist die Situation von vier öffentlichen Räumen in Basel dargestellt, darunter auch die aktuelle sicherheitsrelevante Lage. Es handelt sich dabei um Räume, wie sie vom Charakter her in vielen Schweizer Städten zu finden sind.

Steinenvorstadt



Die Steinenvorstadt ist als Shopping- und Ausgehmeile über die Stadt-, Kantons- und auch Landesgrenze bekannt. Die verkehrsberuhigte Fussgängerzone bietet fast rund um die Uhr Einkaufs- und Vergnügungsmöglichkeiten. Am Tag suchen die Besucher der Steinenvorstadt die Geschäfte auf – grösstenteils Filialen grosser Firmenkette – und besuchen bei schönem Wetter Cafés und Restaurants mit Aussenbestuhlung. Geschäftsleute treffen sich in der «Steinen» auf ein Afterwork-Bier, bevor, vor allem an Wochenenden, am späteren Abend dann Partygänger die verschiedenen Bars und Clubs aufsuchen und bis in die frühen Morgenstunden feiern.

Zum erweiterten Perimeter der «Steinen» gehört der Barfüsserplatz, auf dem diverse, auch grössere, Anlässe stattfinden, beispielsweise Fussball-Meisterfeiern, der Waren- und Flohmarkt oder Standaktionen. In den Sommermonaten wird der Platz beinahe täglich bespielt. Aufgrund seiner zentralen Lage und der guten Anbindung an den öffentlichen Verkehr ist der Barfüsserplatz ein beliebter Treffpunkt für Jugendliche und junge Erwachsene.

Die intensive Nutzung führt besonders nachts zu Nutzungskonflikten. Für die Polizei und die Reinigungskräfte ist die Steinen ein Hot-spot, an dem sie regelmässig wegen Schlägereien, Ruhestörungen und Verunreinigungen intervenieren müssen. Verschiedene Faktoren wirken allerdings begünstigend auf die Sicherheitslage in der Steinen:

- Die Steinenvorstadt ist als Ausgehmeile definiert: Es gelten längere Öffnungszeiten für die Aussenbewirtschaftung als im übrigen Stadtgebiet und die Lärmschutzverordnung erlaubt höhere Emissionsgrenzwerte. Da die Nutzung definiert ist, wissen die Nutzenden wie auch die Anwohnenden, was sie in der Steinen erwartet.
- Es wohnen nur relativ wenige Personen in der Steinenvorstadt.
- Recht homogene Nutzergruppen besuchen zu den verschiedenen Tages- und Nachtzeiten die Steinenvorstadt. Personen die tagsüber zum Shoppen in die Steinen kommen, sind in ihren Wertvorstellungen relativ ähnlich; ebenso Personen, die das Nachtleben der Steinen geniessen.

Claraplatz und Umgebung



Der Claraplatz liegt im Claraquartier von Kleinbasel, das, im Vergleich zur Bevölkerung anderer Basler Quartiere, geprägt ist durch einen relativ hohen Ausländeranteil und tiefere Einkommenschichten. Im öffentlichen Raum des dicht bebauten Clara-Quartiers trifft eine Vielzahl Personen aus unterschiedlichen Gründen und mit diversen Ansprüchen aufeinander: Das Clara-Quartier mit dem Clara-Platz und seiner Umgebung ist Wohn-, Büro-, Ausgangs-, Shopping- und Rotlicht-Quartier in einem. Tagsüber begegnen sich Schulkinder, Senioren oder Büroangestellte. In den Abend- und Nachtstunden bevölkern Partygänger aus ganz Basel und weit über die Stadtgrenzen hinaus das alternative Ausgehviertel.

Der Claraplatz prägt das Clara-Quartier. Er ist ein wichtiger Knotenpunkt für den öffentlichen Verkehr, in seiner Nähe befindet sich auch die Claramatte, die einzige grössere Grünfläche in der Nähe. Der Spielplatz auf der Claramatte ist Treffpunkt für junge Familien, Bänke laden Senioren zum Verweilen ein. Büroangestellte verpflegen sich bei schönem Wetter mit Take-away-Lunch und «Randständige» sitzen ungestört und ohne Dritte zu stören zusammen.

Der Claraplatz und seine Umgebung gelten objektiv als sicher. Die meisten Beschwerden bei den zuständigen Behörden betreffen die negativen Begleiterscheinungen des Nachtlebens: Ruhestörungen, Littering und Schlägereien zwischen Alkoholisierten. Während sich die vor Ort wohnende Bevölkerung sicher fühlt, empfinden viele Externe das Quartier aufgrund seines schlechten Images als unsicher.

Erlenmattquartier



Auf einem ehemaligen Güterbahnhof der Deutschen Bahn entsteht seit 2007 das Erlenmattquartier: ein neues Stadtquartier mit rund 1'500 Wohnungen, Büro- und Gewerbeflächen, einem Schulhaus, Gastronomiebetrieben, Einkaufsmöglichkeiten, zwei Quartierplätzen und einer grosszügigen Grünfläche im Zentrum. 2018 sind etwas mehr als die Hälfte der Wohnungen fertiggestellt. Der Erlenmatt-Park – im Zentrum der Entwicklung – ist seit 2011 zu zwei Dritteln fertiggestellt und für die Öffentlichkeit nutzbar. 2025 soll die bauliche Entwicklung des Erlenmattquartiers abgeschlossen sein.

Innovative Projekte wie die «Erlenmatt Ambassadeure»²⁴ oder die «erlenapp»²⁵ fördern eine gute und sichere Nachbarschaft.

Das Erlenmattquartier ist objektiv sicher. Viele Nutzende fühlen sich aber besonders am Abend und in der Nacht unsicher. Die fehlende Belebung der grossen Grünfläche und der Baustellencharakter des noch nicht fertiggestellten Quartiers wirken sich negativ auf das subjektive Sicherheitsgefühl aus.

Landschaftspark Wiese



Der Landschaftspark Wiese ist ein rund 600 ha grosses, teils offenes und teils bewaldetes Gebiet entlang des Flusses Wiese und erstreckt sich über die Stadtgrenze von Basel hinaus bis nach Riehen und ins angrenzende, deutsche Weil am Rhein. Der Landschaftspark Wiese ist Naherholungsraum, «Trinkwasserfabrik» für die Versorgung von rund 210'000 Menschen, Lebensraum für verschiedene Tiere und Pflanzen sowie «Klassenzimmer» für Kindergärten bis Hochschulen.

Das Landschaftsbild des Landschaftsparks Wiese wird sich aufgrund des Klimawandels voraussichtlich verändern: Die heute hohen Bäume werden in dieser Grösse aufgrund von Trockenheit und Hitze nicht mehr nachwachsen können.

Ganz unterschiedliche Personen nutzen das Naherholungsgebiet vor allem im Sommer zum Spazieren, Sporttreiben, Grillieren oder einfach zum «Nichts-Tun». Diese sehr vielseitige Nutzung bringt Konflikte wie Verunreinigungen durch Hundekot oder Littering, durch Ruhestörungen oder Langsamverkehr mit sich. Gerade bei Hitzewellen werden künftig vermutlich mehr Personen die kühlenden Grünflächen aufsuchen. Dadurch steigt der Nutzungsdruck temporär stark an. Objektiv ist der Landschaftspark Wiese ein sicherer Ort. Dennoch fühlen sich hier Personen besonders nachts unsicher.

Fazit

Sowohl die Art der Nutzungen, Qualitäten aber auch Herausforderungen an die Sicherheit öffentlicher Räume ändern sich über den Tages- und Nachtverlauf.

Für die Städte ist es wichtig, ihre öffentlichen Räume gut zu kennen. Denn ortspezifische, sicherheitsrelevante Herausforderungen stellen sich überall etwas anders dar. Sie erfordern dann wiederum spezifische Lösungsansätze.

24 Im Sommer 2015 entstand auf Initiative der Bauherren Losinger Marazzi eine Ambassadorsgruppe. Diese fördert den Kontakt unter den vielen neuen Bewohnern und engagiert sich für ein gutes Nachbarschaftsverhältnis.

25 Die erlenapp ist eine kostenlose App, die den Austausch innerhalb der Nachbarschaft erleichtert. Entwickelt wurde sie gemeinsam von der Losinger Marazzi AG und der Allthings AG (ein Spin-off der ETH Zürich); www.erlenmatt-west.ch/erlenapp.



4. Was macht öffentlichen Raum sicher? *Erfolgsfaktoren*

Wie erreicht man in öffentlichen Räumen ein bestimmtes Sicherheitsniveau? Aufgrund der Ergebnisse von Fachgrundlagen, Studien und vor allem der Aussagen verschiedener, an diesem Bericht beteiligter Fachpersonen, war es möglich, die nachfolgenden «Erfolgsfaktoren» abzuleiten. Diese sind als übergeordnete, strategisch-konzeptionelle Leitlinien zu verstehen, die jeweils durch spezifische Massnahmen auszugestalten sind.

Viele Schweizer Städte, darunter auch Basel, berücksichtigen diese Faktoren häufig schon implizit oder sogar explizit in ihren Planungen. Aber die Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» hat gezeigt, dass dies längst nicht in allen Städten der Fall ist. Auch die im Projektverlauf geführten Interviews haben dies bestätigt. Es sind Faktoren, die schon heute gültig sind und auch künftig für die Sicherheit öffentlicher Räume in Schweizer Städten relevant sein werden.

I) Die Städte sind sich des hohen Stellenwerts sicherer öffentlicher Räume bewusst.

Schweizer Städte wissen, dass Sicherheit in öffentlichen Räumen ein zentraler Faktor für das Wohlbefinden der Bevölkerung und damit für die Lebensqualität in einer Stadt ist. Für viele Schweizer Städte ist dies bereits eine Selbstverständlichkeit.

II) Die Städte betrachten Sicherheit integral.

Nicht nur ein Faktor allein, der zu Unsicherheit führt, wird berücksichtigt. Es besteht ein Verständnis für das Zusammenspiel aller Einflussgrössen, die für Sicherheit oder Unsicherheit in öffentlichen Räumen relevant sind. Diese unterschiedlichen Aspekte fliessen in die Sicherheitsplanungen ein.

III) Sicherheit im öffentlichen Raum ist gut organisiert.

In einem städtischen Gemeinwesen trägt eine Vielzahl Akteure zur Sicherheit im öffentlichen Raum bei. Sie ziehen alle am selben Strang und arbeiten gut zusammen. Verantwortlichkeiten und Schnittstellen sind bekannt, Doppelspurigkeiten werden vermieden.

IV) Die Städte setzen sich bewusst damit auseinander, wie sicher der öffentliche Raum sein soll.

Die Verantwortlichen befassen sich regelmässig damit, welches Sicherheitsniveau sie in welchen öffentlichen Räumen mit welchen Mitteln erreichen wollen. Dazu gehört auch, dass sie sich überlegen, in welchen öffentlichen Räumen welche Einschränkungen im Bereich Ruhe und Ordnung zum Leben in ihrer Stadt gehören (dürfen) und somit auch zu akzeptieren sind.

V) Sicherheit zu gewährleisten ist ein stetiger Prozess und das geeignete Vorgehen ist ständig neu auszuhandeln.

Die Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren auf die subjektive und objektive Sicherheit einer Stadt ändern sich ständig. Trends kommen und akzentuieren sich oder schwächen sich wieder ab. Die Verantwortlichen erkennen diese Veränderungen frühzeitig, denn sie können Auswirkungen auf das angestrebte Sicherheitsniveau haben. Massnahmen, die Sicherheit gewährleisten oder verbessern, werden daher regelmässig kritisch überprüft und bei Bedarf angepasst.

VI) Städte sind bereit, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zusammen mit den unterschiedlichen Interessengruppen zu lösen.

Der öffentliche Raum gehört allen. So divers die Stadtgesellschaft auch ist, so unterschiedlich sind auch die Ansprüche an einen öffentlichen Raum und die dortige Sicherheit. Nutzungskonflikte gehören zu einer Stadt. In einem Dialog unter mit den relevanten Akteuren werden diese thematisiert und gemeinsam Lösungen gesucht.

VII) Städte setzen Sicherheit in öffentlichen Räumen konsequent durch. Präventive und repressive Elemente ergänzen sich.

Sicherheitspersonal ist in den öffentlichen Räumen präsent – in einem geeigneten Umfang, denn zu viel davon kann auch als Indikator für mögliche Unsicherheit empfunden werden. Die Stadt prüft zur Ergänzung polizeilicher Ressourcen den Einsatz präventiv tätiger Teams wie SIP²⁶, Pinto²⁷ oder auch der mobilen Jugend- und Gassenarbeit. Reichen präventive Massnahmen nicht aus, verfügen die Städte über geeignete Mittel, um repressive Massnahmen umzusetzen.

26 Sicherheit, Intervention, Prävention: Name von Teams in verschiedenen Schweizer Städten die aufsuchende Sozialarbeit mit ordnungsdienstlichen Aufgaben kombinieren.

27 Prävention, Intervention, Toleranz: Gleiche Funktion wie SIP, die Stadt Bern verwendet als einzige Schweizer Stadt den Begriff Pinto für diese Teams.

VIII) Sicherheit ist integraler Bestandteil der Stadtplanung und damit auch der Planung öffentlicher Räume.

Entstehen neue öffentliche Räume oder werden bestehende öffentliche Räume verändert, ist es wichtig, den Aspekt Sicherheit von Anfang an zu berücksichtigen. So lassen sich sicherheitsrelevante Ereignisse frühzeitig vermeiden oder minimieren. Nachträgliche Korrekturen zur Optimierung der Sicherheit sind aufwändiger und kostenintensiver als schon in der Planung berücksichtigte Massnahmen.

IX) Der öffentlicher Raum ist sauber und gepflegt.

Die Sauberkeit und der Zustand der Infrastrukturen prägen stark das subjektive Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum. Dessen sind sich die Städte bewusst. Sie sorgen für einen guten Unterhalt der Räume und deren Infrastrukturen.

X) Die Städte sensibilisieren die Nutzenden des öffentlichen Raums für sicherheitsrelevante Themen.

Sowohl Anwohnerschaft als auch Gäste können einen Beitrag zur Sicherheit in der Stadt leisten. Die Nutzenden des öffentlichen Raums müssen dazu ihre Rechte und Pflichten kennen und dem öffentlichen Raum Sorge tragen.



Kaffee-

unternehmen mitte

unter

5. Was kommt auf öffentliche Räume zu? *Trends und Herausforderungen*

Der öffentliche Raum in Schweizer Städten gilt als sicher – mit Unterschieden bei den Tages- und Nachtzeiten. Der öffentliche Raum unterliegt jedoch einem stetigen Wandel. Nachfolgend sind Trends und Entwicklungen sowie damit einhergehende mögliche Herausforderungen für die Sicherheit im öffentlichen Raum beschrieben. Im Fokus stehen dabei die Gesellschaft, der Stadtraum sowie die Sicherheits- und Ordnungskräfte. Die skizzierten Zukunftsbilder basieren in erster Linie auf den zahlreichen geführten Interviews mit Fachpersonen sowie auf den Diskussionen der Workshops.

5.1 Gesellschaft

Mehr Menschen nutzen den öffentlichen Raum rund um die Uhr: Konfliktpotenzial, aber auch soziale Kontrolle nehmen zu

Die städtische Bevölkerung wächst und es besuchen immer mehr Gäste die Städte. In der Folge halten sich auch mehr Menschen im öffentlichen Raum auf. Dadurch steigt der Nutzungsdruck und es kann zu mehr Nutzungskonflikten zwischen verschiedenen Gruppen, Nutzenden und Anwohnerschaft kommen.

Teilweise rund um die Uhr gibt es in den Städten vielfältige Freizeit-, Unterhaltungs- und Vergnügungsangebote. Das komplette «24-Stunden-Angebot» wird sich aber auch in näherer Zukunft noch auf relativ wenige, lokal stark begrenzte Gebiete in den Städten konzentrieren, vor allem auf die «Ausgehmeilen». An diesen Orten besteht ein erhöhtes Konfliktpotenzial.

Die Nutzungsansprüche an die öffentlichen Räume werden vielfältiger und teilweise widersprüchlicher. So wachsen im öffentlichen Raum die konsumpflichtigen Aussenbereiche von Restaurants oder Cafés, während andere Nutzungsgruppen den öffentlichen Raum zum Verweilen ohne Konsumationszwang suchen. Dabei kann es zu erhöhten Lärmemissionen kommen. Aufgrund der räumlichen Begrenztheit kann dies zu lärmbedingten Konflikten zwischen Gästen, weiteren Nutzenden des öffentlichen Raums und Anwohnerschaft führen.

Ein sehr hohes Aufkommen an Auswärtigen, insbesondere zu Nacht- und Freizeitaktivitäten, kann eine Herausforderung für öffentliche Räume sein. Die (vermeintlich) höhere Anonymität kann Tatgelegenheiten, etwa für Littering oder Vandalismus begünstigen, da Täter leichter unerkannt bleiben. Ist der öffentliche Raum ungepflegt oder gar verwahrlost, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass es dort zu mehr Verstössen gegen Sauberkeit und Ordnung kommt.²⁸ Dies hat dann wiederum Einfluss auf die subjektive Wahrnehmung von Sicherheit.

²⁸ Dass verwahrloste Räume zu noch mehr Beschädigungen führen oder das subjektive Sicherheitsempfinden stark beeinträchtigen, wurde erstmal 1982 nachgewiesen. Die sogenannte «Broken Window Theory» hat bis heute Bestand. James Q. Wilson, George L. Kelling: Broken Windows. The Police and Neighborhood Safety. In: The Atlantic Monthly. März 1982. Die damaligen Erkenntnisse haben weiterhin Gültigkeit.

Mehr Personen im öffentlichen Raum können aber auch zu mehr Belebung und zu höherer sozialer Kontrolle sowie insgesamt zu einem besseren Sicherheitsgefühl führen. Mögliche Täter werden eher bei ihrer Tat beobachtet, was Tatgelegenheiten erschwert. Gleichzeitig haben Personen im öffentlichen Raum das Gefühl, dass ihnen schnell geholfen wird, sollte es zu einem Übergriff kommen. Dies wirkt sich positiv auf das Sicherheitsgefühl aus.

Die städtische Bevölkerung wird heterogener und damit auch die Nutzung des öffentlichen Raums. Die Bevölkerung in den meisten Schweizer Städten wird älter, die Lebenserwartung steigt.²⁹ Das Sicherheitsempfinden älterer Menschen unterscheidet sich oft von dem jüngerer, da besonders Hochalt-rige die Umwelt aufgrund ihrer höheren Verletzlichkeit anders wahrnehmen. So sehen und hören sie beispielsweise schlechter und realisieren Gefahrenquellen in öffentlichen Räumen oftmals später als junge Menschen. In der Folge kann bei älteren Menschen eher die Sorge entstehen, zu Schaden zu kommen.³⁰ Auch haben ältere Menschen andere Sicherheitsbedürfnisse als junge: Mit dem Alter verändern sich die Ansprüche im öffentlichen Raum, beispielsweise an die Beleuchtung, die Wegführung oder die öffentliche Infrastruktur wie WC-Anlagen oder Sitzgelegenheiten. Mit der Alterung der Stadtgesellschaft werden die Ansprüche älterer Personen an sichere öffentliche Räume wichtiger.

Die Anzahl Jugendlicher und junger Erwachsener bleibt in Zukunft weitgehend konstant. Sie bleiben Nutzungsgruppen, die öffentliche Räume stark und gerade nachts intensiv nutzen, beispielsweise indem sie dort zum Teil auch über längere Zeiträume hinweg «abhängen». Jugendliche und junge Erwachsene bleiben daher im Kontext der Sicherheit relevante Akteure.³¹

Die Netto-Zuwanderung von Bevölkerung aus dem Ausland in die Schweiz wird vermutlich ähnlich hoch bleiben wie in den letzten Jahren. Herausforderungen für die Sicherheit im öffentlichen Raum sind vor allem in dessen unterschiedlicher Nutzung und den Ansprüchen einer diversen Gesellschaft begründet. Für hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten ist ein sicheres Umfeld für sie selbst und ihre Familien bei der Wahl des Wohn- und Arbeitsorts von Bedeutung. Damit sind sichere und gepflegte öffentliche Räume auch relevant im Standortwettbewerb mit anderen Städten.

Kulturelle Diversität kann auch Konfliktpotenzial bergen: Gerade in Städten können in multikulturellen Hot-spots ethnische Konflikte aufflammen und sich auch im öffentlichen Raum manifestieren.³²

29 Es gibt Ausnahmen. Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung in der Stadt Zürich beispielsweise nimmt ab.

30 Vgl. zum veränderten Sicherheitsempfinden und -bedürfnis älterer Menschen stellvertretend: Bloch, Sebastian et al.: Sichere Städte unter veränderten demografischen Bedingungen. In: Floeting, Holger (Hrsg.): Sicherheit in der Stadt. Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen. Berlin 2015. S. 93 – 119.

31 Gerade männliche Jugendliche und junge Erwachsene sind dabei für sicherheitsrelevante Ereignisse verantwortlich. Vgl. International Centre for the Prevention of Crime. 5th International Report. Crime Prevention and Community Safety: Cities and the new Urban Agenda. Montreal 2016.

32 Vgl. Nutzen der Zuwanderung für die Schweizer Städte und die Schweiz; Schweizerischer Städteverband SSV, Interessensgemeinschaft Grosse Kernstädte IGGK, 2015.

Die städtische Bevölkerung ist heterogen und sie wird es bleiben: Personen verschiedenen Alters, Geschlechts, mit unterschiedlichen Herkunftsn, Interessen, Bildungsniveaus und Einkommen nutzen gleichzeitig den öffentlichen Raum. Unabhängig wie divers die Nutzenden in den öffentlichen Räumen sind, das Bedürfnis, sich wohl und sicher zu fühlen, gilt für alle.

Individualisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt prägen das (Un-)Sicherheitsgefühl

Individualisierung prägt den urbanen Lebensstil. Selbstverwirklichung hat stark an Bedeutung gewonnen: Individuelle Freizeitgestaltung und Erlebnisorientierung erhalten eine noch grössere Bedeutung. Mit Hilfe mobiler Kommunikation ist es einfacher, Gleichgesinnte im öffentlichen Raum zu treffen. Die Treffpunkte etablieren sich dabei oft. In der Folge beginnen Dritte diese «besetzten» Räume zu meiden. So kann es zu kleinräumiger Segregation kommen.

Die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft schwächt nicht unbedingt den sozialen Zusammenhalt.³³ Der Zusammenhalt ist aber gleichwohl ein verletzliches Gut und von vielen Faktoren bestimmt. Für die Sicherheit im öffentlichen Raum kann beispielsweise fehlende Zivilcourage zu einem stärkeren Unsicherheitsgefühl in der Gesellschaft führen, da man sich nicht auf die Hilfe anderer verlassen kann.

Für den Zusammenhalt relevant ist auch die gesellschaftliche Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit. Wird diese als ungerecht empfunden, führt dies zu wachsender Unzufriedenheit.³⁴ Mit einem steigenden Frustrationspotenzial steigt auch die Gewaltbereitschaft.

Verbale und auch physische Übergriffe auf öffentliches Personal nehmen zu. Der Respekt und damit die Hemmschwelle sinken. Rettungskräfte oder auch Reinigungspersonal benötigen teilweise eine Begleitung durch Sicherheitspersonal. Die Dunkelziffer in Bezug auf tatsächliche Übergriffe ist jedoch hoch. Nur wenige Vorfälle werden tatsächlich gemeldet verfolgt.³⁵ Auch die

33 Zumindest für Deutschland belegt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, dass es, allen öffentlichen Behauptungen zum Trotz, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gut bestellt ist. Auch die wachsende kulturelle Vielfalt stehe dem Gemeinsinn nicht entgegen. Bertelsmann Stiftung: Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Gütersloh 2017.

34 Diesen Zusammenhang hat die oben genannte Studie nachgewiesen. Problematisch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei das Gefühl von Ungerechtigkeit bei der Verteilung wirtschaftlicher Güter. Auch sei der gesellschaftliche Zusammenhalt dort geringer, wo viele Arbeitslose und Arme oder von Armut gefährdete Menschen leben oder wo die Bevölkerung überaltert ist.

35 Gemäss einer Analyse in den deutschen Städten Berlin, Hamburg, München und Köln spürten 85 % der rund 1'600 befragten Angehörigen von Feuerwehr und Rettungskräften einen Respektverlust. Die Zahl der Übergriffe übersteige die Anzahl der tatsächlichen Anzeigen deutlich. Vgl. Dressler, Janina Lara: Gewalt gegen Rettungskräfte. Eine kriminologische Großstadtanalyse. Münster. 2017.

Zu dieser Einschätzung kommt auch eine aktuelle Studie des Lehrstuhls für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft der Ruhr-Universität in Bochum. Nur 18 % der 4'500 Befragten beteiligten sich aber an der Studie. Über die Gründe für die niedrige Beteiligung können die Studienverfasser nur spekulieren. Möglicherweise beträfe das Problem doch weniger Rettungskräfte als gedacht. Bei der Interpretation der Ergebnisse sei zudem zu berücksichtigen, dass die Rettungskräfte pro Jahr mehrere hundert Einsätze absolvieren. Gewalttätige Übergriffe seien nach wie vor ein eher seltenes Ereignis. Das Problem dränge sich nur stärker in die

Qualität der Gewalt ändert sich: Tiefere Hemmschwellen führen zu schwerwiegenden Verletzungen.

Ein weiterer Aspekt der Individualisierung ist das Bedürfnis zur Selbstinszenierung sowie die Sensationslust von Teilen der Gesellschaft. Es ist zunehmend wichtig, Aufmerksamkeit zu erregen. Die eigene aktive Beteiligung oder die passive Teilnahme an sicherheitsrelevanten Ereignissen in öffentlichen Räumen, wie beispielsweise an (gewaltsamen) Demonstrationen, finden direkt im Anschluss, immer häufiger aber auch «live», Verbreitung in sozialen Netzwerken.³⁶

Latentes Unsicherheitsgefühl erhöht die Erwartungen an die öffentliche Hand

Ängste, beispielsweise vor einem Terroranschlag oder vor einer Infektion mit übertragbaren Krankheiten, können einen spürbaren Einfluss auf das Empfinden und das Verhalten der Stadtgesellschaft haben. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass Städte eher Ziele von Anschlägen sind oder sich Krankheiten aufgrund der erhöhten Personendichte leichter verbreiten. Zusätzlich setzen verschiedene Medien, Interessengruppen, Unternehmen und politische Vertreter Angst- und Panikmache immer wieder gezielt ein, um eigene Interessen – auch im öffentlichen Raum – durchzusetzen. Damit steigt wiederum das Gefühl von Unsicherheit.

In der Schweizer Bevölkerung ist, wie in anderen europäischen Ländern auch, ein latentes Unsicherheitsgefühl spürbar. Dieses zeigt sich auch im öffentlichen Raum, wenn selbst kleine Gemeinden aus Sorge vor potenziellen Anschlägen öffentliche Veranstaltungen vor Angriffen mit Fahrzeugen schützen.³⁷ Jedes Ereignis schürt weiter Ängste und weckt in der Bevölkerung das Bedürfnis nach (vermeintlich) schnell wirksamen Massnahmen. Diese sollen sich oftmals vor allem auf das subjektive Sicherheitsempfinden positiv auswirken – dabei sind repressive Massnahmen längst nicht wirksamer als präventive Ansätze.³⁸ Der Ruf nach mehr (Video-)Überwachung ist ein Beispiel dafür: Deren Wirkung hinsichtlich einer Reduzierung sicherheitsrelevanter Ereignisse ist nicht nachgewiesen. Es gibt jedoch Belege für die positive Auswirkung auf das subjektive Sicherheitsempfinden.³⁹ Auch für die

Öffentlichkeit und würde dadurch sichtbarer. Feltes, Thomas und Weigert, Marvin: Gewalt gegen Rettungskräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen. Bochum 2018.

36 So wie es beispielsweise während der Terroranschläge in Paris und Berlin oder während des G20-Gipfels 2017 in Hamburg der Fall war.

37 Dazu beispielsweise Schindler, Jörg: Panikmache: Wie wir vor lauter Angst unser Leben verpassen. 2016. In den Workshops zeigten sich als Gründe für die Verunsicherung die Sorge vor sicherheitsrelevanten Ereignissen wie Anschlägen sowie vor allem die Sorge vor einem Wohlstandsverlust.

38 So zeigt beispielsweise Irvin Waller, Professor für Kriminologie an der Universität Ottawa, für die USA, wie sich Kriminalität durch Prävention deutlich besser verringern lässt als durch repressive Massnahmen. Waller, Irvin: Mehr Recht und Ordnung! – oder doch lieber weniger Kriminalität. Mönchengladbach 2011.

39 So wurde beispielsweise in Genf zwischen 2014 und 2016 das Pâquis-Quartier in einer Pilotphase rund um die Uhr videoüberwacht. Wissenschaftler der Universität Neuenburg werteten die Ergebnisse aus: Obwohl die Videoüberwachung weder die Kriminalitäts- noch die Aufklärungsrate beeinflusste, fühlte sich ein Drittel der befragten Personen dank der Kameras nachts im überwachten Gebiet sicherer. Raoul Kaenzig und Francisco Klauser: Evaluation de la vidéo-protection dans le quartier des Pâquis (2014-2016). Neuenburg 2016.

Aufklärung von Delikten können Videoaufzeichnungen wertvolle Hinweise liefern.

5.2 Stadtraum

Der Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum steigt, Anforderungen und Bedürfnisse wandeln sich stetig

Mit der Innenverdichtung der Städte gerät der öffentliche Raum vermehrt unter Druck. Wird bei den Planungen der Aussenräume der Sicherheitsaspekt nicht ausreichend berücksichtigt, kann dies besonders bei hohen Bauten zu einem Gefühl der Anonymität führen. Dies wiederum kann sich negativ auf das Sicherheitsempfinden in öffentlichen Räumen auswirken.⁴⁰

Die Abgrenzung zwischen privatem und öffentlichem Raum wird in Schweizer Städten zunehmend schwierig.⁴¹ Es gibt mehr öffentlich zugängliche Räume, die Privaten gehören. Dieser Trend vollzieht sich langsam, die Öffentlichkeit nimmt ihn kaum wahr.⁴² Den Nutzenden ist oft nicht klar, dass sie sich auf privatem Grund aufhalten und dort andere Regeln gelten können als im öffentlichen Raum. Die Gestaltung des öffentlichen (und privaten) Raums trägt wesentlich zum Sicherheitsempfinden der Nutzenden bei.⁴³ Daraus resultiert für die Verantwortlichen in den Städten beispielsweise die Aufgabe, ihre öffentlichen Räume gemäss den Kriterien der sogenannten «städtebaulichen Kriminalprävention»⁴⁴ zu planen.

Die Videoüberwachung des Pâquis-Quartiers wurde auch nach der Pilotphase weitergeführt. Die Stadt Genf plant, weitere Strassen rund um die Uhr mit Videokameras zu überwachen.

40 Vgl. dazu beispielsweise: Isselmann, Michael, Kaldun, Sabine und Schürmann, Detlev: Kommunale Kriminalprävention in der Praxis. In: Floeting, Holger (Hrsg.): Sicherheit in der Stadt. Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen. Berlin 2015.

41 Vgl. auch «Future Public Space, Die Zukunft des öffentlichen Raums» vom Gottlieb Duttweiler Institut, 2018. Die Studie beschäftigt sich auch mit der zunehmenden Privatisierung des öffentlichen Raums und den verwischten Grenzen zwischen Öffentlich und Privat.

42 Die sicherheitsrelevanten Probleme, die aus der Privatisierung öffentlichen Raums entstehen können, zeigen sich schon seit einigen Jahrzehnten in den USA. Dort gibt es vor allem in Grossstädten eine Vielzahl sogenannter «plazas»: kleine, öffentlich zugängliche Räume, die aber in Privatbesitz sind. Trotz der Öffentlichkeit der Räume zeigte sich, dass die Privaten durch Überwachung, Raumgestaltung und Zugänglichkeit ihre eigenen Interessen durchsetzen und die Öffentlichkeit der Räume teilweise stark einschränken. Die daraus resultierenden Konflikte sind bis heute ungelöst. Vgl. dazu beispielsweise Wehrheim, Jan: Die überwachte Stadt – Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen 2012.

43 Für eine Gestaltung öffentlicher Räume, die eine hohe Aufenthaltsqualität bieten und sich positiv auf das subjektive Sicherheitsempfinden wie auch die objektive Sicherheit auswirken, sind die Richtlinien der städtebaulichen Kriminalprävention massgebend. Mittlerweile gibt es hier umfassende Standardwerke von internationaler Bedeutung. So beispielsweise Randall I. Atas: 21 Century Security und CPTED. Designing for Critical Infrastructure Protection and Crime Prevention. Boca Raton 2013.

44 Die städtebauliche bzw. räumliche Kriminalprävention beruht auf der Überlegung, dass die Gestaltung von Räumen und Gebäuden sich positiv auf die objektive Sicherheit wie auch auf das subjektive Sicherheitsempfinden auswirkt. Dazu gehören beispielsweise die «richtige» Beleuchtung öffentlicher Räume, eine übersichtliche Wegführung oder Sichtverbindungen zwischen den sich aufhaltenden Personen. Wirkungsformen und nachweislicher Erfolg der räumlichen Kriminalprävention sind seit langem bekannt. Im Vergleich zu Städten in anderen Ländern wie Grossbritannien oder den Niederlanden ist die städtebauliche Kriminalprävention in Schweizer Städten noch nicht so etabliert.

Bei der Gestaltung öffentlicher Räume unter Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Fragestellungen ist zudem ein wichtiger langfristig wirkender Einflussfaktor zu berücksichtigen. In Folge des Klimawandels müssen öffentliche Räume zur Vorbeugung von Hitze-Effekten oder den Auswirkungen von Starkniederschlägen zum Teil neu gestaltet werden: andere Beläge, Anpassung der Bepflanzung mit robusteren Arten, mehr Schattenplätze zum Aufenthalt etc.

Kommerzialisierung versus freie Nutzung des öffentlichen Raums

Die Einkommensschere geht weiter auseinander. Dies kann zu stärkerer Segregation in den Quartieren führen und die dort wohnende Bevölkerung homogener machen.⁴⁵ Hohe Mieten an zentralen Lagen können einkommensschwächere Personen an den Stadtrand oder in die Agglomeration drängen.⁴⁶ Eine ausgewogene Durchmischung der Bevölkerung und der Nutzenden des öffentlichen Raums ist jedoch für ein gutes Sicherheitsklima in den Städten hilfreich.

Kommerzielle Angebote im öffentlichen Raum gewinnen weiter an Bedeutung. Gastronomiebetriebe nutzen verstärkt den öffentlichen Raum, im Rahmen der «Mediterranisierung» wird die Aussenbestuhlung immer wichtiger oder zumindest ist hier kein Rückgang zu erwarten.

Auch temporäre (Gross-)Anlässe wie Festivals, Märkte, Marketing- oder Werbeanlässe beanspruchen mit immer mehr mobiler Infrastruktur den öffentlichen Raum. Dies führt einerseits zu einer stärkeren Belebung, andererseits werden nicht-kommerzielle Nutzungen immer stärker aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Die Räume für bestimmte Nutzungsgruppen wie Kinder und Jugendliche oder Randständige, deren «Lobby» jeweils eher schwach ist, können dadurch kleiner werden. Für die Städte bleibt es eine Herausforderung, die öffentlichen Räume weiterhin möglichst allen Nutzenden bestmöglich zugänglich zu machen.

Neue Technologien – Chancen und Risiken für die Sicherheit öffentlicher Räume

Mobile Informations- und Kommunikationstechnologien wie Soziale Medien oder Videoüberwachung beeinflussen bereits heute den Alltag im öffentlichen Raum. Dieser Trend wird sich in Zukunft noch verstärken. Die mobile Kommunikation eröffnet neue Möglichkeiten für die Sicherheit im öffentlichen Raum, sie birgt aber auch Risiken:

45 Allerdings gibt es in einigen Schweizer Städten auch gegenläufige Trends. So ist innerhalb des Kantons Basel-Stadt der Segregationsindex, der die räumliche Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen zeigt, in den letzten zehn Jahren gesunken. Der Segregationsindex misst, wie stark die Verteilung einer Bevölkerungsgruppe über das Kantonsgebiet von einer Gleichverteilung abweicht, wobei 0 absolute Gleichverteilung und 100 maximale Segregation bedeutet. Im Kanton Basel-Stadt ist der Index in den letzten zehn Jahren um fast sechs Indexpunkte von 24,5 auf 18,7 gesunken. www.statistik.bs.ch.

46 Diese Entwicklung wird als «Gentrifizierung» bezeichnet. Was Basel betrifft, so kommt eine aktuelle Studie der Universität Genf kommt zudem zum Schluss, dass mehrheitlich einkommensschwächere Haushalte aus der Agglomeration nach Basel kommen. Vgl. Wanner, Philippe: *Quitter son lieu de vie pour des raisons économiques? Une analyse de la mobilité résidentielle au sein de six agglomérations*. Genf 2017.

- Viele Menschen bewegen sich mit Blick auf das Display ihres elektronischen Geräts im öffentlichen Raum, zum Teil zusätzlich mit Kopfhörern oder Ohrstöpseln. Dadurch nehmen sie die Umgebung weniger wahr. Dies verringert die «objektive Sicherheit», da das verminderte Reaktionsvermögen Unfälle oder Taschendiebstahl begünstigt. Auch schränkt dieses Verhalten die soziale Kontrolle ein: Selbst wenn sich Menschen im öffentlichen Raum aufhalten, übersehen sie womöglich sicherheitsrelevante Ereignisse in ihrem Umfeld.
- Informationen können jederzeit abgerufen oder verbreitet werden – insbesondere das visuelle Festhalten von Ereignissen in öffentlichen Räumen per Mobiltelefonkamera mit einer Verbreitung «just in time» hat sich stark verbreitet.
- Vorteil ist, dass durch die hohe Dichte an Smartphones sogenannte First-Responder-Systeme in Städten eingerichtet werden können bzw. dass Polizei und Rettungsdienste schneller gerufen werden können.
- Auch im Kampf gegen Kriminalität und gegen die gestiegene Bedrohung durch den Terrorismus spielen die neuen Technologien eine zentrale Rolle. Die Auswertung einer Vielzahl von (Echtzeit-)Daten erlaubt es der Polizei, ein verbessertes Lagebild zu erhalten sowie Modelle zu Ereignissen oder Verhaltensmuster zu erstellen.

5.3 Sicherheitsorganisationen und Ordnungskräfte

Sichere öffentliche Räume erfordern Einsatz rund um die Uhr – bei gleichzeitig weniger Ressourcen

Die oben genannten Technologien führen immer wieder zu sehr kurzfristiger Nutzung des öffentlichen Raums, beispielsweise für Partys. Spontane Veranstaltungen und Menschenansammlungen fordern die Sicherheitskräfte heraus. Nicht selten erfahren diese zu spät von Planungen solcher «Events», die nachfolgend zu sicherheitsrelevanten Ereignissen führen, wie zum Beispiel gewaltsame Demonstrationen.⁴⁷ Diese werden zunehmend in sozialen Netzwerken oder Online-Foren vorbereitet und diskutiert. Rechtliche Vorgaben machen es Sicherheitsorganisationen zum Teil unmöglich, sich in solche Foren zu begeben, um dort sicherheitsrelevante Entwicklungen zu verfolgen und auf diese zu reagieren.

Die Bevölkerung erwartet zudem «rund um die Uhr» schnelle Interventionen der Sicherheits- und Ordnungskräfte. Es ist dabei nicht relevant, ob es zu einem Ereignis am Tag, in der Nacht oder am Wochenende kommt.

Die Städte stehen unter Spardruck, dies betrifft auch Mittel, die für die Sicherheit öffentlicher Räume zur Verfügung stehen. Sicherheitskräfte müssen in der Folge ihre Mittel zunehmend priorisieren, was beispielsweise zu Lasten der Bearbeitung einfacher Ordnungsdelikte oder des persönlichen Kontakts mit der Bevölkerung gehen kann.

47 In Zürich kam es in den letzten Jahren immer wieder zu sogenannten «Saubannerzügen», die online organisiert wurden und in deren Folge grosser Sachschaden in öffentlichen Räumen und an Gebäuden entstand.

Mit der Begründung auf Kostensenkungen und Effizienzgewinn erhalten private Sicherheits- und Ordnungskräfte vom Staat zunehmend Aufgaben im öffentlichen Raum.

Weitere Entwicklungen im Zusammenhang mit zunehmender Privatisierung der Sicherheit in öffentlichen Räumen zeigen sich bereits im Ausland: Bewohner einiger Quartiere engagieren auf eigene Kosten private Wachdienste, um die objektive Sicherheit oder auch das subjektive Sicherheitsempfinden zu erhöhen. Auch «gated communities» versprechen eine höhere Sicherheit, indem Zäune, Tore und Eingangskontrollen ganze Quartiere öffentlich unzugänglich machen.⁴⁸

Unterschiedlicher Umgang mit (Überwachungs-)Technologien

Videoüberwachung wurde und wird auch in einigen Schweizer Städten als geeignete Massnahmen betrachtet, um die Sicherheit öffentlicher Räume zu verbessern.⁴⁹ In anderen Ländern wie Grossbritannien ist die Videoüberwachung wesentlich etablierter. Vorangetrieben durch die grossen technischen Entwicklungsschritte in diesem Bereich, kann Überwachung auch in der Schweiz Aufwind bekommen. Drohnen, die beispielsweise bei Grossanlässen oder Demonstrationen zum Einsatz kommen, belegen dies.

Die private Videoüberwachung nimmt zu, vor allem beim Gewerbe, wo private an öffentliche Räume angrenzen. Die Kameras zeichnen teilweise auch Vorgänge im öffentlichem Raum auf, was gegen die Datenschutzvorgaben verstösst.⁵⁰

Vermehrte Überwachung führt aber nicht automatisch zu mehr Sicherheit: Für die Auswertung von Videoüberwachungen braucht es personelle Ressourcen. Ein positiver Effekt auf die objektive Sicherheit ist nicht nachweisbar. Technologische Entwicklungen wie Gesichtserkennung und Drohnen werfen Fragen auf, da die rechtlichen Grundlagen noch nicht abschliessend geklärt sind. Der Handlungsspielraum von Sicherheitsorganisationen in der digitalen Welt ist oft aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen eingeschränkt.

48 Waren solche Wohnformen lange Zeit vor allem aus süd- und nordamerikanischen Städten bekannt, so sind diese längst auch in Europa angekommen. Beispielsweise in Berlin sind in den letzten Jahren einige dieser geschützten Gemeinschaften entstanden. Auch in der Schweiz ist in Uttwill im Oberthurgau nun die erste «gated community» geplant.

49 In Basel gibt es keine staatlichen Kameras, die den öffentlichen Raum überwachen. Vorstösse, den öffentlichen Raum in Basel videoüberwachen zu lassen, wurden schon dreimal im Grossen Rat abgelehnt. Die Städte Luzern oder St. Gallen haben die Überwachung an bestimmten Orten erhöht, um diese dann nach einer Evaluation wieder zurückzufahren. Genf ist hingegen von der Wirkung der Videoüberwachung überzeugt und plant, nicht nur weitere Kameras zu installieren, sondern auch auf bereits vorhandene private Videokameras zurückzugreifen und diese zusammen mit den staatlichen Kameras in einer zentralen Stelle auszuwerten. Rapport d'activité 2016, Police cantonale de Genève, www.ge.ch/document/rapport-activite-police-cantonale-genevoise-2016/telecharger

50 Die Praxis in Basel hat aber gezeigt, dass die Aufzeichnung dieser privaten Kameras für die Strafverfolgung sehr nützlich sein können und in der Vergangenheit zur Aufklärung zahlreicher Straftaten führten.



DU... YOU'RE UNDER MY SK

K05



ANWÄLTER

6. Welche Möglichkeiten gibt es für die Praxis? *Handlungsoptionen*

Die Herausforderungen für die Sicherheit in öffentlichen Räumen werden sich verändern und teilweise komplexer werden. Ausgehend von den in Kapitel 4 genannten Erfolgsfaktoren wurden Handlungsoptionen entwickelt, die dazu beitragen können, positiven Einfluss auf die Sicherheit öffentlicher Räume zu nehmen. Um die «Praxistauglichkeit» dieser Handlungsoptionen zu unterstreichen, finden sich nachfolgend in den farbigen Boxen Beispiele aus Basel, aus anderen Schweizer Städten, aber auch von ausländischen Städten und Organisationen im internationalen Umfeld.

Die Handlungsoptionen sollen ein «Steinbruch der Ideen» sein, ein Anspruch auf Vollständigkeit besteht nicht.⁵¹ Sie können als Basis für Diskussionen dienen, wie sich Sicherheit in öffentlichen Räumen weiter verbessern liesse. Jede Stadt muss aber individuell prüfen, welche Massnahmen geeignet sind.

Die Handlungsoptionen lassen sich vier Bereichen zuordnen:

- Sicherheit im öffentlichen Raum organisieren
- Sicherheit im öffentlichen Raum planen und gestalten
- Zu Sicherheit im öffentlichen Raum kommunizieren/sensibilisieren
- Sicherheit im öffentlichen Raum durchsetzen

6.1 Sicherheit im öffentlichen Raum organisieren

Ziele klar definieren

Um die Sicherheit im öffentlichen Raum erfolgreich zu gewährleisten, sollten sich Städte mit der Frage auseinandersetzen, welches Sicherheitsniveau sie mit welchen Mitteln erreichen wollen und wie viel Unsicherheit zur Stadt gehören darf. Eine Sicherheitsstrategie für die gesamte Stadt könnte die dazu erforderlichen übergreifenden Ziele festlegen. Eine solche Strategie kann zudem eine wichtige Grundlage sein, damit die verschiedenen Akteure im Bereich der Sicherheit öffentlicher Räume kooperieren und die gleichen Stossrichtungen verfolgen.

«Konzept zur Steigerung der Lebensqualität und der Sicherheit im öffentlichen Raum», Basel

Das Konzept von 2012 formuliert vier Leitsätze zum Umgang mit dem öffentlichen Raum und geht dabei auch auf das Thema Sicherheit ein:⁵²

- Der öffentliche Raum gehört allen.
- Der öffentliche Raum ist vielfältig nutzbar.
- Der öffentliche Raum ist sicher und gepflegt.
- Der öffentliche Raum macht die Stadt grün.

51 Die Beispiele sind im Projektverlauf zusammengetragen worden, entweder von Mitgliedern der Projektorganisation, von Workshop-Teilnehmenden oder von den Interviewten.

52 www.entwicklung.bs.ch/grundlagen/lebensqualitaet/oeffentlicher-raum/konzept-oeffentlicher-raum.html.

Sicherheitsstrategie, Genf

Die Stadt Genf definiert in ihrer Sicherheitsstrategie die Vision für das Jahr 2030 und mit welchen Prinzipien sie die Sicherheit in der Stadt gewährleisten will. Zentraler Bestandteil des Dokuments sind vier strategische Schwerpunkte mit jeweils fünf konkreten Zielen.⁵³

«Was nicht stört, wird toleriert», Biel

Der Grundsatz «Was nicht stört, wird toleriert» ist im Leitbild der Bieler SIP festgehalten und gilt weitgehend für die Sicherheit im öffentlichen Raum der Stadt Biel.

Sicherheit im öffentlichen Raum auf politischer Ebene verankern

Die verschiedenen Aspekte der Sicherheit im öffentlichen Raum sind in einer städtischen Verwaltung zumeist in unterschiedlichen Direktionen beziehungsweise Verwaltungsstellen angesiedelt. Tauschen sich die politisch Verantwortlichen zu den strategischen Fragestellungen rund um die Sicherheit im öffentlichen Raum regelmässig aus, können sie Schnittstellen und Synergien erkennen und sicherstellen, dass ihre Zielsetzung einheitlich ist.

Stadtrat-Gremien zu Sicherheit im öffentlichen Raum, diverse Städte

Seit 2010 behandelt die Stadtratsdelegation «Stadtleben im öffentlichen Raum» SiÖR der Stadt *Zürich* departementsübergreifende Geschäfte zu Nutzungsfragen und -problemen im öffentlichen Raum auf strategischer Ebene. Die SiÖR setzt sich aus den Vorstehenden des Sicherheitsdepartements, des Schul- und Sportdepartements, des Sozialdepartements und des Gesundheits- und Umweltdepartements zusammen. Gemeinsam stellen die Stadträtinnen und Stadträte beispielsweise den adäquaten Einbezug interner und externer Akteure sicher und entscheiden über den Ressourceneinsatz für Projekte und Massnahmen.

Auch die Stadt *Bern* verfügt mit dem «Ausschuss öffentlicher Raum» über ein Gremium des Gemeinderats, das sich auf strategischer Ebene mit sicherheitsrelevanten Fragen im öffentlichen Raum auseinandersetzt.

Im Sicherheitsausschuss der Stadt *Luzern* beraten sich der Vorsteher der städtischen Sozial- und Sicherheitsdirektion mit dem Vorsteher des kantonalen Justiz- und Sicherheitsdepartements sowie dem Kommandanten der Luzerner Polizei regelmässig über sicherheitsrelevante Herausforderungen im öffentlichen Raum.

Zentrale Ansprechstelle oder -person für Sicherheitsfragen im öffentlichen Raum schaffen

Die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure einer Stadt, die mit Fragen der Sicherheit im öffentlichen Raum konfrontiert sind, kennen sich nicht immer. Auch sind Verantwortlichkeiten und Schnittstellen nicht immer klar. Eine

⁵³ Stratégie sécuritaire du canton de Genève, Vision 2030, Tome 1: Vision, axes et objectifs stratégiques, Département de la sécurité et de l'économie, 2017

Art «Sicherheitsbeauftragte/r» kann die Vernetzung innerhalb der Stadtverwaltung fördern und ressort-übergreifende Projekte zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum koordinieren und administrieren. Besteht eine Sicherheitsstrategie, kann diese Person die Anliegen für die Sicherheit im öffentlichen Raum im Sinne dieser Strategie weiterentwickeln. Sie kann gleichzeitig gegenüber der Öffentlichkeit die zentrale Ansprech- und Auskunftsstelle für die Sicherheit im öffentlichen Raum sein.

Stelle für Sicherheitsmanagement, Luzern

Die Stadt Luzern verfügt seit rund zehn Jahren über eine «Stelle für Sicherheitsmanagement», die aktuell im Stab der Sozial- und Sicherheitsdirektion angesiedelt ist. Diese ist dafür verantwortlich, für die verschiedenen für Luzern relevanten Sicherheitsthemen die unterschiedlichen Akteure zu vernetzen und Fragen koordiniert anzugehen. Die Sicherheit öffentlicher Räume ist dabei nur ein Teil des Aufgabenportfolios. Die Stelle ist auch für das Management von Natur- oder technischen Gefahren verantwortlich. Grundlage für die Arbeiten der Stelle für Sicherheitsmanagement ist der alle drei Jahre aktualisierte «Sicherheitsbericht für die Stadt Luzern». ⁵⁴

Sicherheitsdelegierter, Biel

Seit 2009, als die verschiedenen Polizeikorps im Kanton Bern fusionierten, hat die Stadt Biel keine eigene Stadtpolizei mehr. Damit die Bevölkerung weiterhin über eine zentrale Ansprechstelle für städtische Sicherheitsfragen verfügt, schuf der Gemeinderat die Stelle des/der Sicherheitsdelegierten. ⁵⁵

Dem Nachtleben eine Stimme verleihen

Der Sicherheit im öffentlichen Raum kommt nachts eine besondere Bedeutung zu. Daher ist es von Vorteil, wenn die Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung die Anliegen und Bedürfnisse der verschiedenen nächtlichen Nutzungsgruppen öffentlicher Räume kennen; und auch die der «Motoren des Nachtlebens», also der Betreiber von Clubs, Bars oder Restaurants. Eine designierte Person oder ein spezielles Gremium kann bei den verschiedenen Anliegen und Probleme vermitteln. So beispielsweise bei Nutzungskonflikten zwischen Anwohnerschaft und Partygängern.

Dialog Rheingasse, Basel

In der Rheingasse kommt es aufgrund der räumlichen Nähe von Gastronomiebetrieben, Gewerbe und Wohnen immer wieder zu Nutzungskonflikten. Im Dialog suchen Delegierte der Anwohnerschaft und der Gastronomie gemeinsam Lösungen. Das Stadtteilsekretariat Kleinbasel unterstützt und moderiert die Sitzungen. ⁵⁶

⁵⁴ Website Sozial- und Sicherheitsdirektion Stadt Luzern: www.stadt Luzern.ch/politikverwaltung/stadtverwaltung/direktionen/465.

⁵⁵ www.biel-bienne.ch/de/pub/leben/sicherheit/sicherheitsdelegierter.cfm.

⁵⁶ kleinbasel.stadtteilsekretariatebasel.ch/projekte/phaenomene-im-oeffentlichen-raum/dialog-rheingasse.

Runder Tisch Nachtleben, diverse Städte

Seit rund 15 Jahren organisiert die Stadt *Zürich* drei- bis viermal jährlich den «Nightlife Round Table». Die beteiligten städtischen Institutionen, Clubs und private Sicherheitsdienste schätzen den offenen und praxisbezogenen Austausch sehr. Durchschnittlich über 20 teilnehmende Personen zeigen das grosse Interesse an dem Austausch.

In *Luzern* tauschen sich die SIP, der Sicherheitsmanager und die Luzerner Polizei regelmässig mit den Clubs und Barbetrieben des Vereins Safer Clubbing Sektion Luzern⁵⁷ zu aktuellen Fragestellungen rund ums Nachtleben aus.

Vermittlungsstelle Nachtleben, Bern

Die Vermittlungsstelle Nachtleben ist Anlaufstelle für Anwohnerschaft und Clubbetriebe bei sämtlichen Fragen und Konflikten im Zusammenhang mit dem Nachtleben. Sie ist eine Massnahme aus dem umfassenden Konzept Nachtleben Bern.⁵⁸

Nachtbürgermeister/in, diverse Städte

Die Nachtbürgermeister/innen vertreten das Nachtleben in der städtischen Verwaltung, setzen sich für ein vielfältiges Angebot ein und vermitteln bei Nutzungskonflikten. Nachtbürgermeister/innen gibt es beispielsweise in Amsterdam, Köln, Berlin, London oder Paris.⁵⁹

Wissensmanagement pflegen

Die verschiedenen Akteurinnen und Akteure im Bereich Sicherheit im öffentlichen Raum verfügen über ein grosses Wissen, viel Erfahrung und ein persönliches Netzwerk von Kontakten. Vielfach ist sehr viel Wissen auf einzelne (erfahrene) Köpfe verteilt. Fallen sie aus, geht der Stadt viel Know-how verloren. Ein organisationsübergreifendes Wissensmanagement trägt dazu bei, das Wissen zum Thema Sicherheit im öffentlichen Raum auch langfristig zu gewährleisten und nachhaltig zu verwalten.

Wissens-Strategie «Wien mag's Wissen», Wien

Die Stadt Wien will die Ressource «Wissen» in der gesamten Stadtverwaltung besser nutzen und hat daher eine Wissensmanagement-Strategie erarbeitet. Aus dieser wurden Werkzeuge und Methoden abgeleitet, um den verwaltungs-internen Zugriff auf Informationen künftig zu verbessern.⁶⁰

57 www.saferclubbing.ch/safer-clubbing-luzern.

58 Das Konzept Nachtleben Bern ist online verfügbar unter www.bern.ch/themen/freizeit-und-sport/nachtleben/downloads-1/konzept-nachtleben-bern-def.pdf/view.

59 Nachtbürgermeister Amsterdam: nachtburgemeester.amsterdam/english.

60 docplayer.org/1852765-Wien-mags-wissen-die-wissensmanagement-strategie-der-stadt-wien.html.

Über die Stadtgrenzen hinaus vernetzen

Ein städteübergreifender Austausch schafft Mehrwert: Die Sicherheitsverantwortlichen können sich vernetzen, von den Erfahrungen anderer Städte lernen und übergreifende Probleme gemeinsam angehen.

Sichere Schweizer Städte 2025

Im Projekt «Sichere Schweizer Städte 2025» analysierten 33 Städte ihre Sicherheitslage sowie künftige Herausforderungen. An verschiedenen Workshops und Veranstaltungen konnten sie sich austauschen und vernetzen. So zeigte sich beispielsweise, dass verschiedene Städte vor gleichen Herausforderungen stehen und es bestand die Möglichkeit, sich über den jeweiligen Umgang damit zu informieren.⁶¹

ZORA – Zentrum öffentlicher Raum

Die Arbeitsgruppe ZORA des Schweizerischen Städteverbandes beschäftigt sich mit den Herausforderungen rund um den öffentlichen Raum. Sie fördert den breiten Erfahrungsaustausch und initiiert Forschungs- und Entwicklungsprojekte – auch im Bereich Sicherheit.⁶²

Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)

Die KSSD unterstützt den Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie die interdisziplinäre Zusammenarbeit in urbanen Sicherheitsfragen. In ihren regelmässigen Veranstaltungen steht auch immer wieder die Sicherheit im öffentlichen Raum im Fokus.⁶³

European Forum for Urban Security

Das im Jahr 1987 gegründete European Forum for Urban Security (EFUS) ist ein Zusammenschluss aus über 250 Städten aus 16 europäischen Ländern. Gemeinsam wollen sie für mehr Sicherheit in Städten sorgen. Die Arbeit in den Ländersektionen, aber auch die während der gesamteuropäischen Zusammenkünfte oder dem alle fünf Jahre stattfindenden Kongress, greift aktuelle sicherheitsrelevante Fragen auf. Die Sicherheit öffentlicher Räume in all ihren Facetten ist hier immer wieder Gegenstand der Diskussion oder von umfassenden Analysen und Konzepten. Schweizer Städte sind bislang nicht Mitglied von EFUS, hätten aber die Möglichkeit dazu.⁶⁴

61 www.staedteverband.ch/de/Info/Politik/Sicherheitspolitik.

62 www.zora-cep.ch.

63 www.kssd.ch.

64 www.efus.eu.

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit

Beim Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) handelt es sich um den deutschen Zweig von EFUS. DEFUS ist für die Verantwortlichen der kommunalen Sicherheits- und Präventionsarbeit eine lebendige Plattform für den praxisrelevanten Austausch und eine unbürokratische Zusammenarbeit. Hier werden auch Themenwerkstätten und Workshops angeboten, zuletzt zum Thema Terrorabwehr.⁶⁵

6.2 Sicherheit im öffentlichen Raum planen und gestalten

Interessen möglichst aller Nutzungs- und Interessengruppen berücksichtigen

Der öffentliche Raum gehört allen. Bei der Planung sind daher die Anliegen und Bedürfnisse verschiedenster Gruppen zu berücksichtigen: Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, ältere Erwachsene, Frauen, Männer, marginalisierte Gruppen wie Randständige, konsumfreudige Personen etc. Der öffentliche Raum soll ein friedliches Neben- und Miteinander der heterogenen Stadtgesellschaft ermöglichen und mit einer ausgewogenen Nutzung und der von dieser ausgehenden sozialen Kontrolle zu einem guten Sicherheitsgefühl beitragen. Auch sollen einzelne Nutzungsgruppen öffentliche Räume nicht «besetzen» und dadurch andere Gruppen verdrängen. Grundsätzlich sollen Rahmenbedingungen bestehen, die eine möglichst gleichwertige Nutzung öffentlicher Räume ermöglichen. Dazu ist es für die verantwortlichen städtischen Stellen wichtig, die Bedürfnisse der verschiedenen Nutzungsgruppen zu kennen und diese frühzeitig in der Planung aufzunehmen.

«Auf Augenhöhe 1.20m», Basel

Der Leitfaden «Auf Augenhöhe 1.20m» bietet Impulse für eine kinderfreundliche Stadt- und Quartierentwicklung.⁶⁶

«Sicherheit im Alter 55+», Basel

Das Konzept des Bereichs Prävention der Kantonspolizei von 2015 thematisiert die Sicherheitsbedürfnisse der älteren Bevölkerung und geht dabei zum Teil auch auf Aspekte ein, die Sicherheit im öffentlichen Raum betreffen.⁶⁷

Echogruppe für den Sicherheitsbericht, Luzern

Die Sicherheitsverantwortlichen binden seit einiger Zeit eine sogenannte «Echogruppe» ein, wenn sie ihren Sicherheitsbericht erstellen, der alle drei Jahre erscheint. In dieser Gruppe können sich beispielsweise Quartierver-

65 www.defus.de.

66 www.entwicklung.bs.ch/stadtteile/stadtteilentwicklung/kinderfreundliche-stadtentwicklung.html.

67 www.bs.ch/publikationen/gesundheitsversorgung/broschuere-55-.html?currentOffset=20&searchPageUuid=04ffaf82-e415-4132-b15a-f2789a1f53ff.

eine, Kinder und Jugendliche, das Gewerbe oder Vertreterinnen und Vertreter des Tourismus einbringen, sicherheitsrelevante Fragestellungen beurteilen und ihre Bedürfnisse zu Sicherheitsthemen äussern.⁶⁸

***Wir kümmern uns selbst – Konfliktlösung im öffentlichen Raum,
deutsche Städte und Gemeinden***

Der Handlungsleitfaden beschreibt ein Verfahren zur Wahrnehmung, Analyse und Bearbeitung von Konflikten im öffentlichen Raum. Das Projekt wurde zwischen 2005 und 2009 in sieben deutschen Kommunen entwickelt, erprobt und evaluiert. Im Zentrum standen Konflikte mit Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum. Die Vorgehensweise ist jedoch auch für Konflikte mit anderen Beteiligten geeignet.⁶⁹

**Sicherstellen, dass sich alle Nutzungsgruppen im öffentlichen Raum
aufhalten können – ohne sich gegenseitig zu stören**

Immer wieder fehlen in Schweizer Städten in öffentlichen Räumen Aufenthaltsmöglichkeiten, die Gruppen wie junge Erwachsene oder Randständige nach ihren Vorstellungen nutzen können. Für solche Gruppen ist der öffentliche Raum ein Treffpunkt, wo sie sich ohne Konsumzwang möglichst ungestört aufhalten und gleichzeitig das Geschehen um sie herum beobachten können. Damit die Treffpunkte von den jeweiligen Gruppen auch angenommen und genutzt werden, sollte eine Stadt die Planungen zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern solcher Gruppen durchführen und diese vor allem von Beginn an in die Überlegungen miteinbeziehen. So ist sichergestellt, dass die Bedürfnisse erfüllt sind und Konflikte mit Anderen lassen sich minimieren.

***Claramatte, Vögeligärtli oder Bäckeranlage – Parkanlagen für ein breites
Nutzerspektrum, diverse Städte***

Die Claramatte in *Basel* ist ein Platz, auf dem sich unterschiedlichste Nutzergruppen treffen: Familien geniessen den grosszügigen Spielplatz und profitieren vom Angebot der Kindertankstelle, ältere Personen spazieren im Park und ruhen sich auf den Bänken aus, zur Mittagszeit verpflegen sich Angestellte der umliegenden Betriebe, Randständige haben «ihre Ecke», ohne gestört zu werden oder andere zu stören.

Das «Vögeligärtli» (Sempacherplatz) in *Luzern* und die Bäckeranlage in *Zürich* sind weitere Beispiele für öffentliche Plätze, in denen das friedliche Neben- und Miteinander ganz unterschiedlicher Nutzergruppen gut funktionieren.

68 Für den Sicherheitsbericht von 2016 diskutierte eine spezifisch zusammengesetzte Echo-
gruppe beispielsweise das Thema «Sicherheit im Alter».

69 *Wir kümmern uns selbst – Konflikte mit Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum*; Ein
Praxisbuch zur Konfliktbearbeitung; Claudia Olejniczak, Marit Kukat, Beate Seusing, 2009
www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/jugendkriminalitaet/WKUS-Handlungsleitfaden.pdf .

X-Project, Biel

Das soziokulturelle Jugendkulturhaus in Biel bietet unter anderem Raum, Kurse und Events in den Bereichen Kunst, Musik und Sport an. Die Stadt stellt dem Verein X-Project die Räume zum Selbstkostenpreis zur Verfügung.⁷⁰

Skatepark Sk8, Bern

Unmittelbar neben dem Bahnhof befindet sich der Skatepark Sk8. Dieser wird nicht nur von den (jugendlichen) Skatern, sondern auch von der Stadt geschätzt, da er für eine Belebung des öffentlichen Raums sorgt und die Nutzungsdurchmischung fördert.⁷¹

Schlichte Möblierung des öffentlichen Raums, diverse Städte

In den meisten Grünanlagen von *Basel*, auf dem Münsterplatz und dem Unteren Waisenhausplatz in *Bern* stehen rote Stühle und Tische zur freien Verfügung. Auch der Sechseläutenplatz in *Zürich* ist mit frei beweglichen Stühlen möbliert. Das Angebot lädt ganz unterschiedliche Personen zur Nutzung des öffentlichen Raums ein und sorgt für eine durchmischte und sich ständig verändernde Belebung.

Jugend macht Stadt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung Deutschland

Der Aktionsfonds «Jugend macht Stadt» gab engagierten Jugendlichen die Möglichkeit, in innovativer Art und Weise die Entwicklung ihres Stadtquartiers selbstbestimmt mitzugestalten und dadurch ihre Belange und Interessen direkt umzusetzen. 2009 wurden so 40 Projekte in ganz Deutschland durchgeführt.⁷²

Mit einem Nutzungskonzept oder -reglement die «grossen Linien» der Nutzung öffentlicher Räume klarstellen

Um Massnahmen und Entscheidungen zur Nutzung öffentlicher Räume zu legitimieren, ist die Politik gefordert, eine klare Haltung bezüglich des öffentlichen Raums und dessen Nutzung zu entwickeln: Was ist im öffentlichen Raum erlaubt? Und was ist nicht erlaubt? Gibt es die gleichen Regeln für alle öffentlichen Räume im Hinblick auf die Nutzung? Oder gibt es Unterschiede? Ein Nutzungsreglement schafft zusätzlich zu allfälligen Gesetzen und Verordnungen Klarheit und gibt Antworten auf solche und weitere Fragen.⁷³ Der öffentliche Raum wird so gestaltet, dass er Begegnungen ermöglicht und fördert.

70 www.x-project.ch.

71 www.skateparkguide.ch/parks/sk8-bern.

72 www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2009/JugendlicheImStadtquartier/Jugendfonds/04_JugendMachtStadt.html.

73 Der Kanton Basel-Stadt verfügt beispielsweise über ein Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG).

Die Stadt achtet beispielsweise auch darauf, dass in jedem Quartier Erholungsgebiete wie Parkanlagen und Grünflächen vorhanden sind. Idealerweise wird dieses Reglement nicht von der Stadtverwaltung und öffentlichen Sicherheitsverantwortlichen wie der Polizei «hinter verschlossenen Türen» erstellt, sondern unter Einbezug von unterschiedlichen Interessensgruppen. Eine öffentliche Diskussion von Zielen und Inhalten eines solchen Reglements kann zudem den Rückhalt in der Bevölkerung sichern.

Konzept zur Steigerung der Lebensqualität und der Sicherheit im öffentlichen Raum, Basel

Die Regierung des Kantons Basel-Stadt hat mit diesem Konzept ihre Grundhaltung zum Umgang mit dem öffentlichen Raum festgehalten.⁷⁴

Nutzungskonzept Werdinsel, Zürich

Die Werdinsel ist ein acht Hektar grosses Naherholungsgebiet in der Stadt Zürich, das vielen Ansprüchen gerecht werden muss. Durch das zu erwartende Bevölkerungswachstum und den ungebrochenen Trend zur intensiveren Nutzung öffentlicher Freiräume wird der Druck auf dieses Naherholungsgebiet weiter steigen. Um die heutige konfliktarme Situation auch bei zusätzlichem Nutzungsdruck zu erhalten, erarbeitete die Stadt Zürich mittels partizipativer Ansätze ein Nutzungskonzept.⁷⁵

Ortspolizeireglement, Biel

Das Ortspolizeireglement der Stadt Biel definiert den rechtmässigen und widmungsmässigen sowie auch den unzulässigen Gebrauch des öffentlichen Raums. Untersagt ist beispielsweise das öffentliche sichtbare Rauschtrinken in Ansammlungen. Das Reglement hält auch fest, dass Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren sich nach 22:00 Uhr nicht mehr ohne Begleitung eines Erwachsenen im öffentlichen Raum aufhalten dürfen.⁷⁶

Grundhaltung zur Nutzung des öffentlichen Raums, St. Gallen

Die Dienststelle Kinder Jugend Familie, die Stiftung Suchthilfe sowie die Stadtpolizei von St. Gallen haben Anfang 2018 eine «Grundhaltung» formuliert, wie der öffentliche Raum in der Stadt zu nutzen ist. Geeinigt hat man sich auf einen öffentlichen Raum, der grundsätzlich allen Nutzenden zur Verfügung stehen soll. Für das Durchsetzen der fünf Leitgedanken der Grundhaltung sind präventive wie repressive strategische Massnahmen vorgesehen, die für jede Situation individuell ausgestaltet werden.⁷⁷

74 www.bs.ch/publikationen/entwicklung/konzept-oeffentlicher-raum.html.

75 www.stadt-zuerich.ch/epaper/TED/GSZ/Nutzungskonzept_Werdinsel_output/web/flipviewerexpress.html.

76 Ortspolizeireglement der Stadt Biel vom 21. November 2012. SGR 552.1.

77 www.stadt.sg.ch/home/gesellschaft-sicherheit/sicherheit-polizei/praevention/oeffentlicher-raum.html.

Strategie Nachtleben, Luzern

Mit der Strategie Nachtleben hielt der Luzerner Stadtrat 2015 fest, welche Haltung man in der Stadt Luzern gegenüber dem Nachtleben und der Nutzung des öffentlichen Grunds einnehmen will. Die Strategie beschreibt, was im Luzerner Nachtleben erlaubt ist und auch toleriert wird, aber auch wo die Grenzen sind. Mit verschiedenen Massnahmen sollen die Situation im öffentlichen Raum verbessert und Einsatzkräfte in den Bereichen Sicherheit und Reinigung entlastet werden.

Städtebauliche Kriminalprävention als Planungsgrundlage institutionalisieren

Fliessen Erkenntnisse und Empfehlungen der städtebaulichen beziehungsweise räumlichen Kriminalprävention in die Planung und Gestaltung öffentlicher (und privater) Räume ein, hat dies positive Auswirkungen auf die Kriminalitätsrate sowie das Sicherheitsgefühl der Nutzenden. Areale, Gebäude, Plätze, Parkanlagen, Spielplätze etc. können mit meist recht einfachen Massnahmen sicherer gemacht werden, zum Beispiel durch einen fachgerechten Schnitt von Bäumen und Sträuchern, richtige Beleuchtung, die Auswahl des richtigen Mobiliars oder eine übersichtliche Wegeführung. Zumindest ist eine Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens zu erreichen.

Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum, Studie des Baudepartements Kanton Basel-Stadt

Die umfassende Studie von 1998 zeigt auf, wie beim Planen, Projektieren und Bauen vermehrt auf die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht genommen werden kann. Die Studie ist für ihre Zeit im deutschsprachigen Raum als Pionierarbeit zu betrachten, deren Inhalte zum Teil bis heute Gültigkeit haben.⁷⁸

Labels für kriminalpräventive Planung, diverse Länder

In zahlreichen Ländern gibt es Bestrebungen, das Thema Sicherheit im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung von Beginn an mitzudenken. Kriminalpräventive Überlegungen sollen in die Planungen zur Vermeidung von Straftaten und Fehlverhalten im öffentlichen Raum einfließen. Der Erfolg entsprechender Programme ist nachgewiesen. Während sich in der Schweiz solche kriminalpräventiven Planungen mit dem Programm «Sicheres Wohnen Schweiz» noch in einem Anfangsstadium befinden und sich primär auf den Einbruchschutz einzelner Gebäude beziehen,⁷⁹ sind andere Länder wie die Niederlande oder Grossbritannien schon weiter. Hier werden ganze Quartiere kriminalpräventiv gestaltet, wenn sie noch in der Planungsphase sind oder kriminalpräventiv beurteilt und dann bei Bedarf umgestaltet, wenn diese schon bestehen.⁸⁰ Erfüllen solche Quartiere bestimmte Kriterien, bei-

78 Baudepartement des Kantons Basel-Stadt: Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Was wir tun können, damit sich die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner sicherer fühlen. Basel 1998.

79 www.skppsc.ch/de/projekte/sicheres-wohnen-schweiz.

80 Beispiel Niederlande: Programm «Veilig Wonen», www.centrumveiligwonen.nl.
Beispiel Grossbritannien: «Secured by Design», www.securedbydesign.com.

spielsweise eine Gestaltung, die soziale Kontrolle ermöglicht, eine Beleuchtung, die das subjektive Sicherheitsempfinden unterstützt oder Massnahmen zum Einbruchschutz bei Gebäuden, dann erhalten sie ein spezielles Label. Evaluationen dieser Programme haben gezeigt, dass dies nicht zur Stigmatisierung des Quartiers führt («Da muss es unsicher sein!»), sondern die Anzahl Strafraten und Ordnungswidrigkeiten zum Teil signifikant gesenkt werden konnte.

Kriminalpräventive Räte, diverse Städte in Deutschland

Kriminalpräventive Räte oder ähnlich gelagerte Sicherheitsforen gibt es in Deutschland als präventives Instrument in vielen Städten und Gemeinden. Diese breit zusammengesetzten Gremien sollen dazu beitragen, Ursachen von Kriminalität begünstigenden oder fördernden Faktoren zu erkennen und zu beseitigen. Es geht primär darum, Kriminalprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu betrachten. Daher gilt es, bürgerschaftliches Engagement in die Lösungssuche einzubinden. In den kriminalpräventiven Räten gibt es beispielsweise Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Politik, des Gewerbes, von Schulen, Jugend- und Sozialeinrichtungen oder der Kirchen.⁸¹

Beratungsdienst «Design for Security», Manchester

Der Beratungsdienst «Design for Security» wurde auf die Bedürfnisse von Architektinnen und Architekten, Bauträgern und Planenden zugeschnitten. So können diese während früher Phasen des Design-Prozesses eine Beratung in Anspruch nehmen. Die frühzeitige Beratung macht es möglich, Kriminalitätsprävention effizienter in Gestaltungsprozesse einzubeziehen, intelligente Lösungen zu entwickeln und das Auftreten von Kriminalität und Sicherheitsproblemen zu verhindern. Ergebnis ist ein «Crime Impact Statement», für das die Bauträger zahlen. Diese wiederum profitieren von einem professionellen Beratungsdienst, dessen Arbeiten dazu beitragen, dass Planungsvorhaben genehmigt und kriminalitätsbegünstigende Faktoren vermieden werden.⁸²

Lichtplanung interdisziplinär angehen

Ein wichtiger Aspekt für die sichere nächtliche Nutzung öffentlicher Räume ist die Beleuchtung: Nachweislich ist Licht, beziehungsweise eine ausreichende und geeignete künstliche Beleuchtung, einer der wichtigsten Faktoren, der in Dämmerung und Dunkelheit zu einem Gefühl von Sicherheit beiträgt. Entscheidend sind eine zweckmässige Auswahl der richtigen Leuchtmittel, die die Funktion eines Raumes unterstützen, und eine Abstimmung auf die generelle städtische Lichtplanung. Während die in Schweizer Städten etablierten «Plans Lumières» eher gestalterisch und technisch ausgerichtet sind, geht interdisziplinäre Lichtplanung einen Schritt weiter und berücksichtigt neben Gestaltung und Technik zusätzlich, und von der Bedeutung her

81 Stellvertretend für kriminalpräventive Räte in deutschen Städten, hier der Link zum Rat der Stadt Augsburg in Bayern: kriminalpraevention-augsburg.de.

82 www.designforsecurity.org.

gleichwertig, auch die Komponenten Sicherheit, Umwelt, Stadtmarketing sowie die Historie eines Raums.

Städtisches Beleuchtungskonzept, Bern

Die Stadt Bern beschloss 2017 ein neues Beleuchtungskonzept zu erarbeiten. Die Erstellung fand nicht nur verwaltungsintern und in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Betreiber statt, sondern war von Anfang an breit angelegt. So kamen zu themenspezifischen Workshops Fachpersonen zu Themen wie Umwelt, Gewerbe/Wirtschaft aber auch zum Thema Sicherheit zusammen. Letzteres mit dem Ziel, für Bern eine Beleuchtung öffentlicher Räume zu erreichen, die den Nutzenden in Abhängigkeit vom Raumtyp ein möglichst hohes Mass an Sicherheit und damit an Wohlbefinden ermöglicht.⁸³

Besonderes Augenmerk auf grosse Neubaugebiete legen

Öffentlicher Raum ist integraler Bestandteil jeder städtebaulichen Neuentwicklung. Gerade bei grossen Entwicklungen besteht ein starker Zusammenhang zwischen der Funktion und der Nutzung des öffentlichen Raums und der an diesen angrenzenden baulichen Entwicklung. Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist daher im Zusammenspiel mit den angrenzenden Nutzungen zu verstehen und zu planen.

Bei der Entwicklung grösserer Neubaugebiete ist daher darauf zu achten,

- den öffentlichen Raum vor der eigentlichen baulichen Entwicklung durch Zwischennutzungen aktiv zu bespielen, beispielsweise durch temporäre Gastronomie oder Skateranlagen. Zwischennutzungen tragen dazu bei, ein noch nicht entwickeltes Gebiet zu beleben und dadurch die subjektive Sicherheit im öffentlichen Raum zu erhöhen.
- die Etappierung von Gebäuden und Freiraum aufeinander abzustimmen. Zu grosse Freiräume bergen die Gefahr, dass zu wenig genutzte öffentliche Räume und daraus sicherheitsrelevante Problemen entstehen: keine soziale Kontrolle, Vereinnahmung durch einzelne Nutzergruppen etc.
- dass der Wohnungsmix einen Einfluss auf den umliegenden öffentlichen Raum hat. Es ist eine Durchmischung des Wohnangebots anzustreben, um dadurch auch eine durchmischte Nutzung des öffentlichen Raums zu fördern – mit positiven Auswirkungen auf die dortige Sicherheit.
- dass das während der Planungsphase in der Regel grosse Engagement der öffentlichen Hand in späteren Phasen nicht abbricht. Ein Arealmanagement kann beispielsweise die Koordinations- und Integrationsaufgaben, die in der Planungsphase der öffentlichen Hand zufallen, übernehmen.

83 Das Lichtkonzept befindet sich seit Anfang 2018 in der Umsetzungsphase, am Beispiel der «Grossen Schanze» oberhalb des Bahnhofs in Bern fand ein Pilotprojekt statt, das die Ergebnisse und Empfehlungen des Lichtkonzepts berücksichtigt. Bei der Grossen Schanze bestand auch in Bezug auf die subjektive Sicherheit der Nutzenden dieses Raumes Handlungsbedarf.

Glattpark, Opfikon

Im Glattpark in Opfikon – ein rund 66 ha grosses Entwicklungsgebiet am Stadtrand von Zürich – entstand von Beginn weg ein durchmischtes Nutzungsangebot: Preisgünstige Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Dienstleistungsflächen sorgten für eine heterogene Nutzergruppe.

Das sehr grosszügige Freiraumangebot inkl. See und Park, das als Vorinvestition realisiert wurde, litt jedoch unter fehlender Belebung und es mussten Parkrangers eingesetzt werden, um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten.⁸⁴

Nachhaltigkeitszertifizierung unter Berücksichtigung der Sicherheit

Das Zertifizierungssystem der Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB), das schon seit einigen Jahren auch in der Schweiz zur Anwendung kommt, beschreibt und bewertet die Nachhaltigkeit von Gebäuden und Quartieren. Das Zertifizierungssystem berücksichtigt auch den Aspekt Sicherheit.⁸⁵

Unterhalt sicherstellen

Schmutzige und beschädigte Infrastruktur in öffentlichen Räumen führt bei vielen Personen zu einem erhöhten Unsicherheitsgefühl. Daher sind eine regelmässige Reinigung und Pflege des öffentlichen Raums wichtige Massnahmen zur Steigerung des Sicherheitsgefühls.

Um dem Bedürfnis, sich im öffentlichen Raum kreativ auszuleben, nachzukommen, können Städte beispielsweise Jugendlichen und Graffiti-Künstlern Flächen für Tags und grossformatige Sprayereien zur Verfügung stellen. "Tags", also gesprühte Schriftzüge, die dem Markieren von Revieren dienen, lassen sich damit nicht vermeiden. Aber Graffiti-Sprayer haben so die Möglichkeit, legal ihre Bilder zu sprühen, sodass grössere öffentliche Flächen wie Hauswände, Brücken etc. verschont bleiben.

Mit angepassten Einsatzdispositiven der für den Unterhalt öffentlicher Räume zuständigen Personen lässt sich der Broken-Windows-Effekt eindämmen und das Sicherheitsempfinden der Raumnutzenden positiv beeinflussen.

Graffitischutz und -beratung, diverse Städte

Die Programme «Spray-Ex» und «Spray-Out» in *Basel*, die «Fachstelle Graffiti» in *Zürich*, «CasaBlanca» in *Bern* und die Aktion «Sprayfrei» der Stadt *Luzern* beraten zu den Themen Graffitischutz und Entfernung von Sprayereien. Sie koordinieren zudem die Entfernung störender Schmierereien im öffentlichen Raum. Weiter bieten sie – teilweise in Zusammenarbeit mit einem städtischen Arbeitsintegrationsprojekt – auch «Anti-Graffiti-Abos» für Private an und leisten finanzielle Unterstützung.⁸⁶

84 www.glattpark.ch.

85 www.dgnb-system.de.

86 **Basel:** www.tiefbauamt.bs.ch/entsorgung-sauberkeit/spray-ex-und-spray-out.html.

Reinigungsequipen mit gemischtem kulturellen Hintergrund, SBB-Bahnhöfe

SBB Immobilien, die unter anderem für den Unterhalt der Bahnhöfe zuständig sind, setzen in einigen Bahnhöfen Reinigungsequipen ein, die im Hinblick auf deren kulturellen Hintergrund sowie Muttersprache gemischt zusammengesetzt sind. Dies wirkt sich positiv aus, Übergriffe auf das Reinigungspersonal sind seltener.

App «Züri wie neu», Zürich

Mit dieser App lassen sich Infrastrukturschäden, beispielsweise aufgrund von Vandalismus, schnell und unkompliziert der Stadt melden.⁸⁷

«Nette Toilette», diverse Städte

In verschiedenen Städten arbeiten die Städte mit Restaurants und Hotels zusammen, um den Nutzenden des öffentlichen Raums mehr Toiletten zur Verfügung zu stellen. Die Lokale, die ihre WC-Anlagen der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, weisen mit einem Aufkleber «nette Toilette» auf das Angebot hin und werden von der Stadt für den Reinigungsaufwand entschädigt.⁸⁸

Öffentliche Räume gezielt bespielen und beleben

Für das subjektive Sicherheitsgefühl sind Belebung und Durchmischung der öffentlichen Räume entscheidende Einflussfaktoren. Mit gezielter Bespielung können Städte Nutzungen beeinflussen und die Belebung von öffentlichen Räumen fördern. Damit ist es auch möglich, einen positiven Einfluss auf Räume zu nehmen, die einen eher schlechten Ruf haben und/oder als unsicher gelten.

Kindertankstelle Claramatte, Basel

Die Kindertankstelle als feste, betreute Institution bietet Kindern im Sommer jeden Nachmittag Infrastruktur, Animation, Verpflegung und Materialien zum Spielen. Für Erwachsene bietet die Kindertankstelle die Möglichkeit, sich bei einem Kaffee auszutauschen. Die Mitarbeiter der Kindertankstelle übernehmen auch eine Kontrollfunktion, sie ermahnen beispielsweise bei Fehlverhalten und sind eine Anlaufstelle, wenn Menschen niederschwellig Hilfe suchen. Zudem findet eine enge Zusammenarbeit mit dem Community Policing der Kantonspolizei statt.⁸⁹

Zürich: www.stadt-zuerich.ch/hbd/de/index/bewilligungen_und_beratung/beratung/graffiti.html

Bern: www.casablanca-bern.ch.

Luzern: www.luzerner-maler.ch/sprayfrei/willkommen.html.

87 www.zueriwieneu.ch.

88 de.wikipedia.org/wiki/Nette_Toilette.

89 www.robi-spiel-aktionen.ch/mittagstische/claramatte.php.

Buvetten/Bars, diverse Städte

Buvetten gehören in den warmen Sommermonaten zum Stadtbild von *Basel*. Bei schönem Wetter bieten sie die Möglichkeit, sich in öffentlichen Räumen mit Getränken und Snacks zu verpflegen. Sie fördern damit die durchmischte Nutzung und Belebung. Die Bewilligungsbehörde fordert von den Buvetten-Betreibern explizit, dass diese auch Aufgaben im Bereich der sozialen Kontrolle übernehmen – allerdings ist dies an Tagen mit extremer Nutzung kaum möglich. Auch in *Luzern* hat sich das Konzept der «Sommerbars» bewährt. Diese gibt es beispielsweise auf dem Europaplatz vor dem KKL oder in dem kleinen Inseli-Park direkt am Ufer des Vierwaldstättersees.⁹⁰

Grossanlässe interdisziplinär planen

Grossanlässe finden oft in öffentlichem Raum statt und erfordern spezielle Sicherheitsvorkehrungen. Spätestens seit der EURO08 gehören event-spezifische Sicherheitskonzepte und vielfältige Sicherheitsmassnahmen zu jeder Grossveranstaltung dazu. Wichtig ist, dass sämtliche Akteurinnen und Akteure im Bereich Sicherheit einbezogen werden, an der Planung beteiligt sind und auch während der Veranstaltungen eng zusammenarbeiten. Sicherheitskonzepte klären Verantwortlichkeiten, Schnittstellen und Abläufe zwischen privaten und städtischen Akteuren.

Die Verfügbarkeit ganz verschiedener Daten kann im Kontext von Grossveranstaltungen für sicherheitsrelevante Planungen genutzt werden. Die Kontrolle der grossen Besuchermassen, das sogenannte «crowd-management», setzt mehr und mehr auf moderne Technologien, um Entwicklungen und Bewegungen, die zu gefährlichen Situationen führen könnten, zu vermeiden oder um auf diese Einfluss zu nehmen.

Vorlage für Sicherheitskonzepte, Zürich

Die Stadt Zürich stellt Vorlagen für Sicherheitskonzepte online zur Verfügung.⁹¹

Crowd-Management, Zürich

Beim alle drei Jahre stattfindenden «Züri-Fäscht» nutzen die Verantwortlichen der Stadtpolizei für das Crowd-Management die Daten einer spezifischen App aber auch von sonstigen Mobilfunkdaten, um Hinweise beispielsweise auf eine möglicherweise bevorstehende Massenpanik zu erhalten.⁹²

90 **Basel:** www.basel.com/de/Basel-inspiriert/Sommer-in-Basel/Buvetten

Luzern: www.stadtluzern.ch/thema/631

91 www.stadt-zuerich.ch/content/.../Vorlage%20Sicherheitskonzept%20gross.doc.

92 www.stadt-zuerich.ch/pd/de/index/stadtpolizei_zuerich/ueber_uns/standorte/weitere_dienststellen/fachstelle-crowd-management.html.

Schutz vor Terroranschlägen bieten

Nach den Terroranschlägen in Europa der letzten Jahre setzten sich verschiedene Schweizer Städte mit der Bedrohung durch Terror auseinander: Das Spektrum reicht von Prävention über baulich-technische bis zu polizeilich/organisatorischen Massnahmen. So kommen mobile Elemente wie schwere Fahrzeuge oder Betonkübel zum Schutz von Zufahrten von Grossveranstaltungen zum Einsatz. Gleichzeitig besteht die Herausforderung, durch solche Massnahmen wie das «Einpollern» öffentlicher Räume die Freiheit der Menschen möglichst nicht einzuschränken und sie nicht ständig mit der Sorge vor möglichen Anschlägen zu konfrontieren, da dies wiederum Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsempfinden haben kann.

Leitfaden zum Schutz des öffentlichen Raums vor Terroranschlägen, Europäische Kommission

Die Sicherheitskommission der EU plant 2018 neue Leitfäden zu veröffentlichen, die Hinweise auf den Schutz des öffentlichen Raums vor Terroranschlägen geben. Im Fokus sind auch technische Lösungen mit eingebauter Sicherheit («security by design»), die den öffentlichen Raum sicherer machen, ohne dass ihr offener und öffentlicher Charakter beeinträchtigt wird.

Leitüberlegungen zur Sicherheit im öffentlichen Raum – Rolle und Aufgaben von Städten; Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS)

Die Terroranschläge in Europa der letzten Jahre von Paris, Nizza, Berlin und Barcelona haben Spuren bei den Menschen hinterlassen, die sich in städtischen öffentlichen Räumen aufhalten und die dort für Sicherheit verantwortlich sind. Mit der Massgabe, dass Leben, Feste, Kultur und Sport im öffentlichen Raum von Städten auch künftig uneingeschränkt und dabei bei maximaler Sicherheit möglich sein soll, haben sich die DEFUS-Mitgliedsstädte auf Leitüberlegungen verständigt. Sie sollen die Grundlage künftiger gemeinsamer Anstrengungen für die Sicherheit öffentlicher Räume sein.⁹³

Langfristige Trends wie Klimawandel berücksichtigen

Der Klimawandel wird Auswirkungen auf das urbane Leben und auch die Sicherheit in der Stadt haben. Hitzewellen, Trockenphasen oder Starkniederschläge werden häufiger und intensiver. Diese haben beispielsweise Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung oder führen zu erhöhten Umwelt- bzw. Sachschäden. Schattenplätze im öffentlichen Raum gewinnen an Bedeutung. Heutige Baumbestände sind aufgrund der zu erwartenden klimatischen Veränderungen gefährdet. Eine angepasste, stadtklimaverträgliche Baumartenwahl wird damit immer wichtiger.

Eine frühzeitige Auseinandersetzung mit diesem Thema kann die Grundlagen schaffen, damit sich die Städte diesen Entwicklungen anpassen und mit geeigneten Massnahmen auch die Sicherheit in öffentlichen Räumen fördern.

93 defus.de/nano.cms/Standpunkte.

AG «Hitze und Durchlüftung», Basel

Eine interdepartementale und bi-kantonale Arbeitsgruppe «Hitze und Durchlüftung» mit Vertreterinnen und Vertretern des Lufthygieneamts Basel, des Amts für Umwelt und Energie, des Planungsamts, der Stadtgärtnerei, der Kantons- und Stadtentwicklung (alle Basel-Stadt) und des Amts für Raumplanung Basel-Landschaft, erarbeitet Massnahmen, die stadtklima-gerechtes Planen und Bauen ermöglichen. Zunächst wird dafür eine modellbasierte Stadtklimaanalyse vorgenommen, die Hot-spots der Überwärmung und deren Ursache wie auch die nötigen Frischluftschneisen zur Lüfterneuerung identifiziert. Auf dieser Basis werden Massnahmen entwickelt. Ziel ist es, diese in die Raumplanungsinstrumente wie Richtpläne, Bebauungspläne oder die Grün- und Freiflächenplanung sowie in die Baugesetzgebung aufzunehmen und gegebenenfalls geeignete Fördermassnahmen zu prüfen.

Planen und Bauen im Einklang mit dem Stadtklima, Zürich

Die Stadt Zürich will mit dem Projekt «Klimaanalyse Stadt Zürich» (KLAZ) die negativen Effekte der baulichen Weiterentwicklung der Stadt auf das Lokalklima reduzieren. Das Projekt schafft einen Orientierungsrahmen für planerische, gestalterische und bauliche Entscheide und legt so die Basis für eine vorausschauende Stadtplanung, die die Folgen der Klimaerwärmung berücksichtigt.⁹⁴

Label «Grünstadt Schweiz», diverse Städte

Grünraum gehört zu den zentralen Elementen urbaner, öffentlicher Räume. Grünraum ist aber auch insgesamt für die Lebensqualität in einer Stadt relevant. Städte, die das Label «Grünstadt Schweiz» erhalten wollen, müssen insgesamt 60 Massnahmen erfüllen, die den Fortbestand von Grünraum in städtischem Gebiet in ausreichender Qualität und Quantität sicherstellen.⁹⁵

6.3 Zu/für Sicherheit im öffentlichen Raum kommunizieren/sensibilisieren

Mit allen über Sicherheit im öffentlichen Raum reden

Um Interessenskonflikte im öffentlichen Raum zu lösen, können die Städte den Dialog zwischen den verschiedenen Interessengruppen fördern. Regelmässig stattfindende «Runde Tische» bewähren sich beispielsweise bei der Lösungssuche von Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum. Vertreterinnen und Vertreter der städtischen Verwaltung diskutieren zusammen beispielsweise mit Clubs, Türstehern, Anwohnenden und Vertreterinnen und Vertretern des Gewerbes über mögliche Lösungsansätze. Die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Beteiligten können so abgeholt und das gegenseitige Verständnis gefördert werden.

94 Auf www.stadt-zuerich.ch/klaz befindet sich u.a. der Ergebnisbericht und ein Katalog an Massnahmenvorschlägen.

95 www.gruenraum-schweiz.ch. Die Städte Luzern und Winterthur sind bereits zertifiziert, fünf andere, darunter Basel, befinden sich derzeit im Zertifizierungsprozess.

Ripa Forte, Basel

Der Rhein und seine unmittelbare Umgebung sind in Basel besonders während der warmen Jahreszeit Treffpunkt vieler Menschen. Seit rund zehn Jahren treffen sich die verschiedenen Akteurinnen und Akteure des Kleinbasler Rheinufer in den Sommermonaten monatlich zur gegenseitigen Information und Koordination und um Anliegen zu besprechen. Die Leitung von Ripa Forte liegt beim Community Policing Kleinbasel. Im Rahmen von Ripa Forte treffen sich Verwaltungsstellen wie die Kantonspolizei, Allmendverwaltung, Stadtreinigung und Kantons- und Stadtentwicklung mit privaten Akteuren wie dem Verein Rheinpromenade Kleinbasel, dem Hotel Krafft und Buvettenbetreibern.⁹⁶

«Mittler im öffentlichen Raum», Basel

Das Fachteam «Mittler im öffentlichen Raum» des Gesundheitsdepartements des Kantons Basel-Stadt sucht suchtmittelabhängige Personen im öffentlichen Raum auf. Die Mittlerinnen und Mittler sind Ansprechpersonen für die Bevölkerung, Firmen oder Schulen und sie fördern den Dialog. Bei suchtspezifischen Fragen und Problemen bieten sie Information, Beratung und Unterstützung. Im Rahmen ihres ordnungspolitischen Auftrags tragen sie dazu bei, den öffentlichen Raum soweit wie möglich vor den unerwünschten Begleiterscheinungen des Konsums illegaler Suchtmittel zu schützen.⁹⁷

Runder Tisch «Massnahmen Europaplatz», Luzern

Als Reaktion auf negative Ereignisse auf dem Europaplatz unmittelbar vor dem Kultur- und Kongresszentrum (KKL) im Jahr 2012 initiierte die Stadt Luzern den Runden Tisch «Massnahmen Europaplatz». Dort tauschen sich Verantwortliche der Polizei, der Bewilligungsbehörde für Veranstaltungen, der SIP, der Stadtreinigung, des KKL (inkl. Lucerne Festival), der Schifffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee, der SBB und der benachbarten Universität zu Nutzungskonflikten in diesem öffentlichen Raum aus und entwickeln gemeinsam Lösungsansätze und Massnahmen.

Runder Tisch Nachtleben Langstrasse, Zürich

Das Zürcher Nachtleben spielt sich zu einem wichtigen Teil rund um die Langstrasse ab. Nach dem Grundsatz, dass Nutzungskonflikte, wenn immer möglich mit allen Beteiligten anzugehen sind, lud der Sicherheitsvorsteher der Stadt Zürich 2015 und 2016 zu drei Runden Tisch ein. Mit über 100 beteiligten Personen aus der Nachbarschaft, von Clubs und Bars und Verantwortlichen der Stadtverwaltung wurden die komplexe Sachlage erörtert und konkrete Lösungsansätze gesucht.⁹⁸

96 Es gibt in Basel neben Ripa Forte eine Vielzahl an Beispielen für das gute Gelingen eines solch partizipativen Vorgehens, auch an der Schnittstelle zu privaten Räumen. So gab es lange Zeit grosse Probleme mit dem Nachtclub «Fame», auch auf dessen Vorplatz. Die Zusammenarbeit von Polizei, Clubbesitzern und Security-Personal führt hier zu einer deutlichen Verbesserung der Situation.

97 www.sucht.bs.ch/ueber-uns/organisation/mittler-im-oeffentlichen-raum.htm.

98 www.gute-nachbarschaft.ch/wertschaetzen/um-die-thematik/2016/runder-tisch-langstrasse.

Stadtteilkonferenzen, Bern

Die Stadt Bern führt alle zwei Jahre Stadtteilkonferenzen durch, in denen die Bevölkerung eingeladen ist, sich zu aktuellen Themen zu äussern. Regelmässig werden dabei auch sicherheitsrelevante Fragestellungen diskutiert.⁹⁹

Allparteiliches Konfliktmanagement (AKIM), München

AKIM ist eine zentrale Stelle, die für das gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum eine erste Konfliktanalyse vornimmt und vor Ort mit rein kommunikativen Mitteln präsent ist. AKIM setzt sich für die Interessen und Belange aller Nutzergruppen ein und versucht zwischen ihnen zu vermitteln. AKIM wird aktiv bei Konflikten in öffentlichen Räumen, wo andere Stellen nicht zuständig sind, entweder, weil ihre Klientel nicht betroffen ist (z. B. Streetwork) oder ihr Einsatz nicht verhältnismässig wäre bzw. keine rechtliche Möglichkeit für einen Einsatz besteht. AKIM richtet auch jährliche Fachtage aus, zuletzt zum Thema Konfliktmanagement im öffentlichen Raum.¹⁰⁰

Nutzende des öffentlichen Raums für Sicherheit sensibilisieren

Der öffentliche Raum gehört allen und alle sollen dem öffentlichen Raum Sorge tragen. Die Städte können dazu die Nutzenden des öffentlichen Raums über ihre Rechte und Pflichten sensibilisieren und nutzen dafür geeignete Teams.

Auch können sich Städte in Projekten zur Identifikationsförderung engagieren. Personen die sich mit dem öffentlichen Raum identifizieren, tragen diesem mehr Sorge.

Parkranger Landschaftspark Wiese, Basel

Im öffentlichen Landschaftspark Wiese patrouilliert ein Parkranger durch das Naherholungsgebiet und sensibilisiert für die Natur und das respektvolle Miteinander.

#Rhylax-Kampagne, Basel

Am Basler Rheinufer treffen besonders an warmen Tagen verschiedene Nutzergruppen mit unterschiedlichen Ansprüchen aufeinander. Gegenseitige Rücksicht ist Voraussetzung für ein respektvolles Zusammenleben. Die #Rhylax-Kampagne thematisiert das rücksichtsvolle Miteinander am Rheinufer.¹⁰¹

99 www.bern.ch/mediencenter/medi.enmitteilungen/aktuell_ptk/stadtteilkonferenzen-wissensaustausch-als-planungsinstrument

100 www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Wohnungsamt/akim.html

101 www.entwicklung.bs.ch/stadteile/stadtteilentwicklung/rhylax.html

Ausstellung «Zivilcourage», Zürich und Basel

Die Ausstellung „Zivilcourage – wenn nicht ich, wer dann?“ griff 2015-2016 die Frage auf, wie verantwortungsvolles gesellschaftliches Zusammenleben funktionieren kann.¹⁰²

SIP- und Pinto-Teams, Zürich, Bern, Luzern, Biel

Diese Teams sind eine Mischung zwischen Ordnungsdienst und Sozialarbeitern. Ihre Aufgabe ist es zu informieren, auf Fehlverhalten hinzuweisen und im Ereignisfall auch Konflikte zu schlichten.¹⁰³

Kriminalprävention an Schulen der Stadtpolizei Zürich

Die Stadtpolizei Zürich baut ab Schuljahr 2018 die Kriminalprävention an der Schule aus und führt entsprechende Lektionen in der Oberstufe ein. Das Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“ wird Teil der neu geplanten Lektionen sein.

Kampagne gegen sexuelle Belästigungen, Lausanne

Die Stadt Lausanne initiierte im Frühling 2018 mit einem satirischen Video¹⁰⁴ eine Kampagne gegen sexuelle Belästigungen im öffentlichen Raum. Neben der Sensibilisierungskampagne setzt die Stadt Lausanne weitere Massnahmen zu Bekämpfung von sexuellen Belästigungen ein, wie beispielsweise spezifische Ausbildungen von Polizisten, ein Online-Formular für Opfer sexueller Belästigungen und die Behandlung des Themas im Sexualkundeunterricht in Schulen.

Sensibilisierungskampagne Taschendiebstahl, Genf

2015 führte Genf eine Sensibilisierungskampagne zum Thema Taschendiebstahl durch. Die Kampagne richtete sich mit englischsprachigen Plakaten explizit auch an die auswärtigen Mitarbeitenden der in Genf ansässigen internationalen Organisationen und diplomatischen Vertretungen.

Aare you safe?, Bern

Mit der Kampagne «Aare you safe?» machen die Stadt Bern und verschiedene Partnerorganisationen auf die Gefahren in und auf der Aare aufmerksam. Die Sensibilisierungskampagne richtet sich auch explizit an fremdsprachige und ausländische Schwimmerinnen und «Böötler».¹⁰⁵

102 www.hmb.ch/zivilcourage.html.

103 **Bern:** www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/jugendamt/pinto-praevention-intervention-toleranz.

Biel: www.biel-bienne.ch/de/pub/leben/sicherheit/sicherheit-interventionpraeven.cfm.

Luzern: www.stadtluern.ch/thema/3943.

Zürich: www.stadt-zuerich.ch/sd/de/index/stadtleben/sip.html.

104 Musée du Harcèlement de Rue www.mdhr.ch/

105 www.bern.ch/themen/sicherheit/praevention/aare-you-safe.

Info-Team bei Kundgebungen, Bern

Die Stadt Bern setzt bei grösseren Kundgebungen im öffentlichen Raum ein Info-Team ein, das insbesondere unbeteiligten Dritten aktuelle Informationen weitergibt. Dies sind Informationen zur Dauer von Behinderungen und generelle Informationen zur Veranstaltung oder zu Umgehungsrouen, um der Kundgebung ausweichen zu können. Die Info-Teams nehmen explizit keine polizeilichen Aufgaben wahr. Sie werden aber durch die koordinierte Informationsweitergabe insbesondere der Kantonspolizei, aber auch von Verkehrsbetrieben, stets über die aktuelle Situation informiert und sind deshalb gut in der Lage, diese Informationen weiterzugeben.

Soziale Medien nutzen und bewirtschaften

Zur Wahrung und Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum können Städte auch die sozialen Medien nutzen. Durch das Posten sicherheitsrelevanter Informationen oder das Verfolgen von sicherheitsrelevanten Foren, gibt es verschiedene Möglichkeiten, um über soziale Medien auf den öffentlichen Raum und die dortige Sicherheit Einfluss zu nehmen. Den Sicherheitsverantwortlichen müssen dafür personelle wie auch geeignete technische Ressourcen zur Verfügung stehen. Da die Schweizer Städte bzw. die Polizeikorps nur über limitierte personelle Ressourcen verfügen, könnten sich die Fachpersonen zusammenschliessend, austauschen und voneinander lernen. Dieser Austausch wäre zu institutionalisieren.

erlenapp, Basel

Die Erlenmatt-Siedlung verfügt mit der erlenapp über ein eigenes soziales Netzwerk, über das sich eine grosse Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner erreichen lässt. Die App bietet die Möglichkeit, sich zu informieren und sich auszutauschen. Es wird derzeit geprüft, ob städtische Sicherheitsverantwortliche, beispielsweise vom Community-Policing, in die App-Community aufgenommen werden.¹⁰⁶

Social-Media-Präsenz der Stadtpolizei Zürich

Die Stadtpolizei Zürich verfügt über sogenannte ICoPs, die auf den verschiedenen Social-Media-Plattformen den direkten Dialog mit der Bevölkerung suchen und direkten Einblick in den Berufsalltag eines Polizisten / einer Polizistin geben.¹⁰⁷ Städte im Ausland wie beispielsweise Berlin verfügen mittlerweile über grössere Social-Media-Teams, die im Alltag, aber auch in Ereignisfällen wie beim Terroranschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt Ende 2016 im Einsatz sind.

¹⁰⁶ erlenmatt-west.ch/erlenapp.

¹⁰⁷ www.stadt-zuerich.ch/pd/de/index/stadtpolizei_zuerich/medien/medienmitteilungen/2015/dezember/stadtpolizei-zuerich-setzt-internet-community-polizisten-ein.html.

6.4 Sicherheit im öffentlichen Raum durchsetzen

Den Rechtsrahmen nutzen und gestalten

Die Städte sollten sicherstellen, dass die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen bestehen, um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu wahren. Regulierungen und Gesetze ermöglichen einen transparenten Handlungsrahmen. Die Städte können bei strittigen Themen wie der Anwendung, den Chancen und Grenzen von Überwachungsmaßnahmen eine sachliche Diskussion fördern.

Identitätskontrollen durch die SIP, Biel

Die Interventionseinheit SIP schliesst in der Stadt Biel die Lücke zwischen der Kantonspolizei und der sozialen Arbeit im öffentlichen Raum, indem sie gleichzeitig präventiv und repressiv tätig ist. Im Vergleich zur SIP in anderen Städten verfügt die SIP in Biel über relativ weitreichende Kompetenzen: Die Angehörigen der SIP dürfen Identitätskontrollen durchführen. Besonders bei jungen Personen ist diese Erweiterung des Handlungsspielraums eine erfolgreiche Komponente bei der präventiven Arbeit im Bereich Sicherheit.

Drohnenstrategie, Genf

Der Genfer Regierungsrat erarbeitete 2017 eine Drohnenstrategie und legte fest, welche Nutzungen unter welchen Umständen erlaubt sind. Mit innovativen Ansätzen strebt Genf einen weltweit federführenden Umgang mit Drohnen und Drohnenabwehr an. So setzt die Genfer Polizei beispielsweise als erstes Korps der Schweiz bei der Drohnenabwehr unter anderem auf den Einsatz dressierter Adler.¹⁰⁸

Genügend Sicherheitspersonal für die Wahrung der Sicherheit im öffentlichen Raum zur Verfügung stellen

Um die Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleisten zu können, brauchen die Sicherheitsorganisationen genügend personelle Ressourcen. Sichtbare, aber auch nicht zu hohe Präsenz erhöht die objektive Sicherheit und vor allem auch das Sicherheitsgefühl vieler Nutzenden des öffentlichen Raums. Die Verantwortlichen für den Einsatz der Sicherheitskräfte müssen dabei die Herausforderungen der 24-Stunden-Gesellschaft berücksichtigen: Die Einsatzplanung sollte flexibel auf sich bildende Hot-spots und andere neuralgische Orte eingehen und dort bei Bedarf für eine Schwerpunktbildung sorgen. Um dazu über die erforderlichen Ressourcen zu verfügen, sollten die politisch Verantwortlichen die Relevanz der öffentlichen Räume und die Bedeutung eines ausreichenden Sicherheitsniveaus anerkennen.

108 Drones, Vision de la République et canton de Genève, 2017, www.ge.ch/document/drones-vision-republique-canton-geneve.

Community Policing, Basel

Das Community Policing baut auf eine gute Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Bevölkerung. Polizistinnen und Polizisten, die immer im selben Quartier arbeiten, sind Ansprechpersonen für die Bevölkerung. Sie identifizieren Probleme in den Bereichen Kriminalität, Unordnung und subjektives Unsicherheitsgefühl und finden Lösungen. Im Zentrum stehen präventive Ansätze, die Unsicherheiten möglichst gar nicht entstehen lassen.¹⁰⁹

«Einsatzelement Brennpunktpolizei», Basel

Die Kantonspolizei Basel-Stadt erhielt ab 2012 gestaffelt zusätzliche Stellen, um zeitlich und örtlich Schwerpunktbildungen an den urbanen "Hot-spots" zu ermöglichen. Dieses "Einsatzelement Brennpunktpolizei" mit heute 36 Polizistinnen und Polizisten ist mit Erfolg sowohl präventiv wie auch repressiv an den städtischen Hot-spots im Einsatz. Im Zuge der Einrichtung des Einsatzelements erhielten bei der Kantonspolizei auch das Community Policing sowie die Gewaltprävention mit Fokus auf Jugendliche zusammen neun zusätzliche Stellen.

Projekt «Gewalt im öffentlichen Raum», Kantonspolizei Bern

Die Kantonspolizei Bern hat sich im Rahmen eines bereichsübergreifenden Projekts intensiv mit dem Thema Gewalt im öffentlichen Raum befasst. So analysierte man beispielsweise Zeiten und genaue Orte von Gewaltdelikten wie Körperverletzungen, Tötlichkeiten oder sexueller Belästigung. Dies half zu erkennen, wie sich gewisse Delikte in Abhängigkeit von der Uhrzeit in Art und Anzahl verändern und räumlich verlagern. Die Ergebnisse helfen nun, Polizeikräfte noch gezielter einzusetzen. Monatlich findet ein Monitoring statt, um die Einsatzdispositive bei Bedarf anzupassen. Weitere Ergebnisse des Projekts sind eine noch engere Zusammenarbeit mit Club- und Barbetrieben, eine verstärkte Fokussierung auf Mehrfach-Straffällige, eine Sensibilisierungskampagne unter anderem in Schulen sowie eine Informationskampagne in Flüchtlingszentren. Das Projekt läuft vorerst bis Ende 2019.

Zusätzliche polizeiliche Nachtpräsenz, Zürich

Die Stadtpolizei Zürich verfügt über eine Einheit, die während der Sommermonate an Wochenenden die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum gezielt erhöht und auf Nachtstadtproblematiken fokussiert.

SIP- und Pinto-Teams, Zürich, Bern, Luzern, Biel

Für Städte, gerade solche ohne eigene Polizei, sind die präventiv tätigen Einsatzorganisationen SIP/Pinto eine wichtige Ressource, um im öffentlichen Raum Sicherheit zu gewährleisten. Mit diesen Teams behalten die Städte einen gewissen Handlungsspielraum. Das Beispiel der Stadt Zürich zeigt wiederum, dass auch ein Nebeneinander einer Stadtpolizei und SIP gut funktionieren kann.

109 www.polizei.bs.ch/im-quartier/ansprechpartner-quartier/community-policing.html.

Ansätze des Predictive Policing nutzen

Die heutige Verfügbarkeit von Daten lässt sich nutzen, um mit geeigneten Algorithmen vorausschauend potenzielle Hot-spots im öffentlichen Raum zu bezeichnen. Annahme ist, dass Delikte oftmals Mustern folgen. Die Einsatzkräfte greifen auf Informationen vergangener Ereignisse zurück. Sie kombinieren diese mit Echtzeitdaten, um dann Prognosen über die unmittelbare Zukunft zu stellen. Durch die verstärkte Polizeipräsenz an diesen vorausgesagten Hot-spots lässt sich dann die objektive wie auch die subjektive Sicherheit erhöhen, da Delikte unterbunden werden. Zudem erlaubt diese Methodik, die knappen Ressourcen möglichst effizient einzuteilen. Bislang sind diese Technologien vor allem im Kontext von Einbruchdiebstählen im Einsatz.

Predictive Policing, Stadtpolizei Zürich

Die Abteilung Analyse und Entwicklung der Stadtpolizei Zürich verwendet ein sogenanntes «Precrime-System», das aufgrund der Analyse zurückliegender Einbrüche räumliche Voraussagen über potenzielle Einbruchgebiete macht.¹¹⁰

110 Auch verschiedene Kantonspolizeien wie beispielsweise die des Aargau oder von Basel-Landschaft verwenden solche Technologien. Die Kantonspolizei Aargau gibt mit diesem System per App zusätzlich "Warnmeldungen" an die Bevölkerung weiter.



7. Was sind die wichtigsten Erkenntnisse?

Fazit

Öffentliche Räume werden auch in Zukunft für Schweizer Städte wichtig sein. Sie prägen massgeblich die Lebensqualität in den urbanen Gemeinwesen. In ihnen ein ausreichendes Mass an Sicherheit zu erzielen, bleibt eine dauernde und gleichzeitig anspruchsvolle Aufgabe für die Städte – dieser Bericht leistet dazu einen Beitrag.

Das zusammengetragene Wissen aus Studien und Fachgrundlagen, die Erfahrungen und Einschätzungen einzelner Fachpersonen und die Ergebnisse des Austauschs in zahlreichen Sitzungen und Workshops haben viele wichtige Erkenntnisse geliefert, die künftig in die Planungen für Sicherheit in öffentlichen Räumen einfliessen können. Zusammenfassend sind die wichtigsten Erkenntnisse die folgenden:

1) Die Sicherheit öffentlicher Räume ist und bleibt ein wichtiger Faktor für die Wahrnehmung (der Sicherheit) einer ganzen Stadt

Öffentliche Räume sind und bleiben «Visitenkarten» Schweizer Städte. Die Sicherheitslage bestimmt massgeblich die dortige Aufenthaltsqualität. Sind öffentliche Räume nicht sicher genug oder gelten sie als unsicher, hat dies eine unmittelbare Auswirkung auf die Wahrnehmung der Sicherheitslage der gesamten Stadt. Dies ist relevant für die Bevölkerung, für Gäste aus dem In- und dem Ausland, aber auch für die Wirtschaft – und damit insgesamt für die Attraktivität einer Stadt.

2) Schweizer Städte machen schon viel, um ein ausreichendes Sicherheitsniveau zu erreichen

Die demokratische Grundordnung, die Rechtsordnung aber auch der Wohlstand der Schweiz bilden die Basis für die Aufenthaltsqualität und für das hohe Sicherheitsniveau öffentlicher Räume. Darauf aufbauend ist die gute Sicherheitslage aber vor allem der Verdienst der verantwortlichen Stellen und Personen in den Städten. Dort ist man sich der Bedeutung der Sicherheit öffentlicher Räume bewusst und handelt dementsprechend.

Kapitel 4 benennt Erfolgsfaktoren, die zu Sicherheit in öffentlichen Räumen führen. Es gibt jedoch keine pauschalen Empfehlungen dazu, wie diese Erfolgsfaktoren in einer Stadt anzuwenden sind. Deren Umsetzung ist spezifisch für jedes urbane Gemeinwesen zu überprüfen. Kapitel 6 zeigt dazu Beispiele, die sich in der Praxis bewährt haben.

3) Sicherheitsmassnahmen sollen das pluralistische urbane Leben nicht einschränken

Sicherheit in einer Stadt wird subjektiv sehr unterschiedlich empfunden. Daher gilt es, Sicherheit zu erzielen, ohne das pluralistische, urbane Leben mit seiner Vielfalt und Heterogenität an Lebensformen und Gestaltungsmöglichkeiten einzuschränken oder gar aufzugeben. Um dies zu ermöglichen, ist das Thema Sicherheit bei einer Stadtentwicklung von Beginn an integral zu berücksichtigen.

4) Sicherheit öffentlicher Räume ist differenziert und integral zu betrachten

Es gibt nicht DIE Sicherheit öffentlicher Räume. Wichtig ist die Unterscheidung zwischen subjektiver und objektiver Sicherheit. Erfolgreiche Sicherheitsplanung wird beiden Aspekten gerecht. Auch das Verhältnis zwischen strafrechtlichen Vergehen im öffentlichen Raum einerseits sowie Ruhe und Ordnung andererseits ist zu definieren und bei den Planungen zu berücksichtigen.

5) Sicherheit in öffentlichen Räumen entsteht aus dem Zusammenspiel zahlreicher Akteure

Die Polizei ist eine ganz zentrale Akteurin für die Sicherheit öffentlicher Räume – aber bei Weitem nicht die einzige. Neben ihr gibt es viele weitere verantwortliche Organisationen, beispielsweise die Stadtentwicklung, Unterhaltsorganisationen wie Reinigung und Stadtgärtnerei, präventiv tätige Teams und Einrichtungen wie SIP/Pinto oder die Gassenarbeit; aber auch das lokale Gewerbe und nicht zuletzt die Bevölkerung selbst. Das Spektrum der Personen, die zu diesem Bericht beigetragen haben, zeigt gut, wie breit das Akteurfeld schlussendlich sein kann. Und nicht zuletzt spielen gerade im Kontext der Prävention die Sozial- und Jugendpolitik oder die Schul- und Bildungspolitik eine wichtige Rolle. Dies alles zeigt, wie vielschichtig und komplex Sicherheit öffentlicher Räume und damit auch eine Koordination von Themen, Akteuren und Massnahmen ist. Daher ist es zentral, dass es in einer Stadt eine Stelle gibt, die die verschiedenen Akteure koordiniert und das erforderliche Zusammenspiel managt.

6) Trends und Entwicklungen werden sich ganz unterschiedlich auf die Sicherheit öffentlicher Räume auswirken

Gewisse Trends mit Relevanz für die Sicherheit öffentlicher Räume sind Megatrends: Das Bevölkerungswachstum oder der Klimawandel entwickeln sich über viele Jahre bis Jahrzehnte. Sie sind abzusehen oder zumindest zu prognostizieren – aber auch nicht einfach zu beeinflussen oder gar aufzuhalten. Diese Megatrends betreffen immer das gesamte städtische Gemeinwesen – und somit auch den öffentlichen Raum und dessen Sicherheit. Es ist somit erforderlich, dass sich Städte frühzeitig Gedanken dazu machen, welche Auswirkungen solche Entwicklungen auf die Sicherheit öffentlicher

Räume haben und wie sie den sicherheitsrelevanten Herausforderungen begegnen wollen.

Andere Trends mit Bedeutung für den öffentlichen Raum wie beispielsweise noch vor kurzem das Online-Spiel «Pokemon go» oder die fast schon wieder «aus der Mode» geratenen Flash-Mobs sind eher temporär. Sie können zwar sicherheitsrelevant sein, unterliegen aber dem Zeitgeist und können schnell wieder verschwinden. Den Verantwortlichen fehlen oftmals die Möglichkeiten, um auf solche Phänomene – insofern erforderlich – umgehend und doch überlegt zu reagieren. Manchmal ist es ratsam, einfach abzuwarten und eine gewisse Gelassenheit hinsichtlich solch temporärer Trends zu entwickeln.

7) Auf aktuelle Bedrohungen ist zu reagieren – nach einer differenzierten Auseinandersetzung

Auf eine sich verändernde Bedrohungslage, wie zuletzt durch die Terroranschläge in europäischen Metropolen, müssen auch Schweizer Städte reagieren. Dies sollte aber mit Augenmass und Besonnenheit geschehen. Geeignete Massnahmen sind differenziert zu prüfen, die aktuelle wie auch die künftige Bedrohungslage sind abzuwägen. Auch ist zu prüfen, inwiefern sich beispielsweise durch den Einbezug von Fachpersonen wie Architekten eine nicht zu offensichtliche Umsetzung möglich ist. Zu auffällige oder einschneidende Massnahmen können das Sicherheitsempfinden und schlussendlich sogar die Freiheit in öffentlichen Räumen einschränken.

8) Es gibt zahlreiche und sehr vielseitige Beispiele dafür, wie sich Sicherheit in öffentlichen Räumen erzeugen lässt

Nicht jede Massnahme, nicht jeder Vorstoss eignet sich für jede Schweizer Stadt. Es bedarf «massgeschneiderter» Lösungen. Aber nicht jede Stadt muss «das Rad neu erfinden». Umso wichtiger erscheint der Dialog zwischen den Personen und Stellen, die für die Sicherheit öffentlicher Räume in einer Stadt verantwortlich sind. Dies mit dem Ziel, voneinander zu lernen und sich gegebenenfalls gewissen Themen auch gemeinsam anzunehmen. Dabei lohnt es sich durchaus, auch über die Grenzen der Schweiz hinaus zu schauen.

9) Sicherheit in öffentlichen Räumen zu gewährleisten, ist eine Daueraufgabe

Auch wenn öffentliche Räume in Schweizer Städten heute sicher sind, so bleibt dieses Thema relevant. Das Bewusstsein für die Bedeutung der Sicherheit öffentlicher Räume ist in Schweizer Städten ausgeprägt – nicht nur in Basel. Aber trotz der heute doch grundsätzlich guten Sicherheitslage in den öffentlichen Räumen ist es wichtig, an dem Thema «dranzubleiben». Daher bleibt es für Schweizer Städte eine Daueraufgabe, sich mit der Sicherheit ihrer öffentlichen Räume zu befassen – damit diese auch künftig sicher und lebenswert sind.

A1 Projektorganisation

A1.1 Projektleitung

Kanton Basel-Stadt

- **Barbara Alder**, Präsidialdepartement Basel-Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung, Leiterin Fachstelle Grundlagen und Strategien
- **Nadine Grüniger**, Präsidialdepartement Basel-Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung, Projektleiterin Fachstelle Grundlagen und Strategien
- **Rolf Meyer**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Kommandant Stellvertreter

EBP

- **Lilian Blaser**, Geschäftsbereich Sicherheit
- **Tillmann Schulze**, Geschäftsbereich Sicherheit

A1.2 Kernteam

- **Marc Flückiger**, Erziehungsdepartement Basel-Stadt, Bereich Jugend, Familie und Sport, Leiter Abteilung Jugend- und Familienförderung
- **Patrik Hitz**, BaslerFonds, Fondsleitung
- **Martin Lüchinger**, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt Kanton Basel-Stadt, Amt für Umwelt und Energie, Leiter Abteilung Abfall
- **Emanuel Trueb**, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Leiter Stadtgärtnerei

A1.3 Projektteam EBP

- **Kaspar Fischer**, Geschäftsbereich Raum- und Standortentwicklung
- **Sarah Fuchs**, Geschäftsbereich Raum- und Standortentwicklung
- **Robert Salkeld**, Geschäftsbereich Raum- und Standortentwicklung

A2 Interviewpartnerinnen und -partner

A2.1 Trend-Interviews

- **Renate Amstutz**, Schweizerischer Städteverband, Direktorin
- **Barbara Brechbühl-Jenni**, Schweizerischer Städteverband, Leiterin Sicherheitspolitik und Statistik
- **Stefan Breit**, Gottlieb Duttweiler Institut (GDI), Trainee Researcher
- **Harry Gugger**, Laboratoire Bâle EPFL, Architekt, Stakeholder BS
- **Alexandra Heeb**, Stadt Zürich, Polizeidepartement, Delegierte Quartiersicherheit
- **Jonas Hagmann**, ETH Zürich, Center for Security Studies, Leiter Arbeitsgruppe Urbane Sicherheit
- **Marta Kwiatkowski**, Gottlieb Duttweiler Institut (GDI), Senior Researcher

A2.2 Praxis-Interviews

- **Fabio Arlotta**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Mitarbeiter Jugend- und Präventionspolizei
- **Daniel Baumann**, Losinger Marazzi, Leiter Landanbindung
- **Julia Borer**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Mitarbeiterin Besondere Prävention
- **Mathias F. Böhm**, Geschäftsführer Pro Innenstadt
- **Nicole Fretz**, Co-Leiterin Stadtteilsekretariat West
- **Niklaus Hofmann**, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Tiefbauamt, Leiter Allmendverwaltung
- **Rudolf Köhlin**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Community Policing, Ressortchef Bezirk Kleinbasel,
- **Marco Liechti**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Leiter Ressort Kriminalprävention
- **Dominique Lorenz**, Gesundheitsdepartement Basel-Stadt, Abteilung Sucht, Leiterin Fachteam Mittler im öffentlichen Raum
- **Giuseppe Lorenzi**, Losinger Marazzi, Stv. Abteilungsleiter, Immobilienentwicklung Basel, Gebietsverantwortlicher Basel-Stadt
- **Martina Münch**, Bau- und Verkehrsdepartement, Planungsamt, Leiterin Abteilung Gestaltung Stadtraum Verkehr
- **Christian Plüss**, Polizei Basel-Landschaft, Verbindungsbeamter BS/BL für Frankreich
- **Ruedi Spaar**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Community Policing, Ressortchef Bezirk Grossbasel

A2.3 Städte-Interviews

- Stadt **Bern**: Martin Albrecht, Generalsekretär Direktion Sicherheit, Umwelt und Energie
- Stadt **Biel**: André Glauser, Leiter Abteilung Öffentliche Sicherheit, Direktion Soziales und Sicherheit
- Stadt **Genf**: Peter Brander, Chef Etat-Major Cantonal de Conduite; Alexandre Vautravers, Chargé de mission aux questions stratégiques; François Waridel, Chef des opérations de la police cantonale genevoise, Département de la sécurité et de l'économie
- Stadt **Luzern**: Maurice Illi, Stelle für Sicherheitsmanagement und Clara Jörger, Ressort Gebietsentwicklung und öffentlicher Raum
- Stadt **Zürich**: Alexandra Heeb, Delegierte Quartiersicherheit, Polizeidepartement

A3 Workshop-Teilnehmende

An jedem Workshop nahmen neben den nachfolgend aufgeführten Fachpersonen mehrere Mitglieder der Projektleitung teil.

A3.1 Platz-Workshops

A3.1.1 Steinenvorstadt

- **Malika Abd'Rabbou**, Mobile Jugendarbeit, Stv. Geschäftsleiterin
- **Mathias F. Böhm**, Pro Innenstadt, Geschäftsführer
- **Nina Hochstrasser**, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Tiefbauamt, Projektleiterin Allmendverwaltung
- **Gabriel Kiefer**, Mobile Jugendarbeit, Mitarbeiter
- **Marcel Meier**, Kommission Veranstaltungen auf öff. Grund, Informationsbeauftragter und Vorsitzender
- **Heinz Rüegg**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei Basel-Stadt, Community Policing
- **Christoph Schmid**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei Basel-Stadt, Community Policing
- **Dagmar Vergeat**, Quartierverein Innenstadt, Präsidentin

A3.1.2 Claraplatz und Umgebung

- **Michelle Bachmann**, Präsidialdepartement Basel-Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung, Projektleiterin Fachstelle Stadtteilentwicklung
- **Michel Hostettler**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Community Policing
- **Manuela Jecker**, Schwarzer Peter, Gassenarbeiterin
- **Martin Lüchinger**, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt Kanton Basel-Stadt, Amt für Umwelt und Energie, Leiter Abteilung Abfall
- **Martina Münch**, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Planungsamt, Leiterin Abteilung Gestaltung Stadtraum Verkehr
- **Sonja Roest Vontobel**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Generalsekretariat, Leiterin Fachreferat
- **Bastian Schreyvogel**, Gesundheitsdepartement Basel-Stadt, Abteilung Sucht, Mittler im öffentlichen Raum
- **Michel Steiner**, Schwarzer Peter, Gassenarbeiter
- **Theres Wernli**, Stadtteilsekretariat Kleinbasel, Co-Leiterin

A3.1.3 Erlenmatt

- **Michel Eisele**, Mobile Jugendarbeit Basel-Stadt, Mitarbeiter
- **Marc Freivogel**, Erziehungsdepartement Basel-Stadt, Abteilung Jugend- und Familienförderung, Beauftragter für Jugendfragen
- **Claudia Greter**, Präsidualdepartement Basel-Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung, Fachstelle Stadtteilentwicklung, Kontaktstelle für Quartierarbeit
- **Cordula Hawes**, Ambassadeure Erlenmatt, Mitarbeiterin
- **Michel Hostettler**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Community Policing
- **Simon Leuenberger**, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Stadtgärtnerei, Leiter Kreis Kleinbasel
- **Reto Meier**, Losinger Marazzi, Stv. Abt.-Leiter Immobilien-Entwicklung, Niederlassung BS
- **Martin Müller**, fossil, Facility Manager EMEA
- **Elisabet Nussbaumer**, Graue Panther
- **Bastian Schreyvogel**, Gesundheitsdepartement Basel-Stadt, Abteilung Sucht, Mittler im öffentlichen Raum
- **Robert Stern**, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Planungsamt, Stv. Leiter Abteilung Arealentwicklung und Nutzungsplanung

A3.1.4 Landschaftspark Wiese

- **Silvan Aemisegger**, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Planungsamt, Projektleiter Raumentwicklung
- **Michelle Bachmann**, Präsidualdepartement Basel-Stadt, Kantons- und Stadtentwicklung, Projektleiterin Fachstelle Stadtteilentwicklung
- **Patrick Breitenstein**, Gemeinde Riehen, Abteilungsleiter Publikums- und Behördendienste
- **Michel Hostettler**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Community Policing
- **Werner Moser**, Industrielle Werke Basel (IWB), Leiter Aussenanlagen Wasser
- **Bruno Ris**, Erlen-Verein / Tierpark Lange Erlen, Tierparkleiter
- **Adrian Weber**, Empfangs- und Verfahrenszentrum Basel, Stv. Leiter

A3.2 Trend-Workshops

A3.2.1 Mobile Kommunikation / Digitalisierung

- **Alain Jörg**, Swisscom, Head of Insights
- **Beat Rudin**, Datenschutzbeauftragter Basel-Stadt
- **Markus Brönnimann**, Stv. Datenschutzbeauftragter Basel-Stadt
- **Elke Engel**, Triarc Laboratories Ltd., Leiterin Projektentwicklung
- **Eveline Nucito**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Leiterin Einsatzplanung
- **Michael Philipp**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Ressortleiter Sicherheitspolizei ("Nachtmanager")
- **Marc Flückiger**, Erziehungsdepartement Basel-Stadt, Bereich Jugend, Familie und Sport, Leiter Abteilung Jugend- und Familienförderung
- **Martin Gruber**, Smart Regio Basel, Mitarbeiter Projektoffice
- **Simon Rolli**, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Leiter Grundbuch- und Vermessungsamt
- **Tobias Burkhard**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Ressortleiter a.i. Operative Lage
- **Ralph Straumann**, EBP, Projektleiter IT/GIS

A3.2.2 Der öffentliche Raum gehört allen während 24 Stunden

- **Marc Freivogel**, Erziehungsdepartement Basel-Stadt, Abteilung Jugend- und Familienförderung, Beauftragter für Jugendfragen
- **Michael Philipp**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Ressortleiter Sicherheitspolizei ("Nachtmanager")
- **Brigitte Löwenthal**, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Stadtgärtnerei, Projektleiterin Grünplanung
- **Stephan Pozner**, Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt, Tiefbauamt, Stv. Leiter Stadtreinigung
- **Kerstin Wenk**, Komitee «Kulturstadt Jetzt» Basel, Mitarbeiterin
- **Tom Steiner**, Zentrum öffentlicher Raum (ZORA) Hochschule für Soziale Arbeit Luzern, Geschäftsführer

A3.2.3 Überwachung, Regulierung, Privatisierung

- **Timo Sollberger**, Securitas AG, Direktor Basel
- **Michael Philipp**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Ressortleiter Sicherheitspolizei ("Nachtmanager")
- **Peter Brunner**, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Kantonspolizei, Dienstleiter Planung und Einsatz
- **Nadine Zurkinden**, Uni Basel, Assistentin Juristische Fakultät
- **Katja Gysin**, Datenschutzbeauftragter Basel-Stadt, Fürsprecherin, Stv. Datenschutzbeauftragte

- **Beat Meier**, FC Basel, Sicherheitsverantwortlicher
- **Matthias F. Böhm**, Pro Innenstadt, Geschäftsführer

